

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Postgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: **A. Bringmann**, Hamburg.
Redaktion, Verlag und Expedition:
Hamburg-Barmbeck, Fehlfstraße 28, 1. Etage.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Pettizeile oder deren Raum 30 \mathcal{A} ,
für Versammlungsanzeigen 10 \mathcal{A} pro Zeile.

Lohnbewegung.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in **Goldberg** in **Schl. und Mendamm**.

Gestreift wird in **Belzig, Forst i. d. Lausitz** und **Serford**.

Platzperrern sind verhängt in **Altona** über das Geschäft von Schmidt und dessen Vauten in **Wilhelmsburg**, in **Arnstadt** über das Geschäft von Weise, in **Finkenwalde bei Altdamm** über das Geschäft von Hinge, in **Wes** über das Geschäft von Kern, in **Quickborn** über die Plätze von Rohde und das Geschäft von Höppler, sowie über den Platz von Giesemann in **Sasloß**, in **Mendenburg** über das Geschäft von Rohwer und die „Carlschütte“, in **Solingen** über die Plätze von Herder und Maus und in **Beblichfelde** über das Geschäft von Proh. In **Danzig, Kassel** und **Langfuhr** herrscht infolge der Maurerstreiks Arbeitslosigkeit. In **Bramstedt** ist gekündigt worden.

† Wilhelm Liebknecht,

der unermüdete Vorkämpfer für die Befreiung des Proletariats, ist am Dienstag, den 7. August, Morgens 4 Uhr, gestorben. Ein jäher, doch schmerzloser Tod raffte ihn aus den Reihen der Lebenden. Montag Abend hatte er noch bis 12 $\frac{1}{2}$ Uhr gearbeitet, kein Anzeichen verrieth die nahe Katastrophe, als er sich zur Ruhe begab. Nach einigen Stunden machte ein Gehirnschlag seinem thatenreichen Leben ein Ende.

Wilhelm Liebknecht wurde am 29. März 1826 zu Gießen als Sohn des Registrators Liebknecht geboren. Er besuchte das dortige Gymnasium und studierte dann vierundneinhalb Jahre erst Philologie und Theologie und dann Philosophie. Nach Beendigung seiner Studienzzeit wollte er 1847 nach Amerika auswandern. Um in der neuen Welt Fuß zu fassen, hielt er es für angebracht, sich zunächst noch in einem Handwerk auszubilden, denn ob sich im wilden Westen sofort für einen Gelehrten Gelegenheit finden würde, sein Brot zu verdienen, erschien ihm zweifelhaft. Als Handwerksgehilfe glaubte er jedoch sofort Arbeit in Amerika zu finden. Kurz entschlossen trat er in Gießen bei einem Zimmermeister in die Lehre und wollte Zimmermann werden.

Die politischen Ereignisse hinderten Liebknecht an der Ausführung seines Planes. Er begab sich 1847 in die Schweiz, nahm an dem baselischen Aufstande Theil und mußte, nachdem er schon vorher eine längere Gefängnisstrafe verbüßt hatte, flüchten; er lebte zunächst in der Schweiz und dann in England von 1850 bis 1862.

Nach Deutschland zurückgekehrt, trat er in die Redaktion der damals von dem Demokraten Braß gegründeten „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in Berlin ein, aus der er aber nach kurzer Zeit ausschied, da ihm angezogen wurde, seine Gesinnung und seine Arbeiten der Bismarck'schen Politik anzupassen. Liebknecht unterstützte zunächst die Lassalle'sche Bewegung, verfocht aber später, nachdem er 1865 aus ganz Preußen ausgewiesen worden und nach Leipzig übergesiedelt war, in der „Mitteldeutschen Volkszeitung“ entschieden den Standpunkt der internationalen Arbeiterassoziation. 1866 wurde die „Mitteldeutsche Volkszeitung“ während

der Okkupation Sachsens von den preussischen Behörden unterdrückt. Wegen Bannbruchs wurde er 1866 nach dem Friedensschluß in Berlin verhaftet und zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt.

1867 wurde er für Stollberg-Schneeberg in den Norddeutschen Reichstag gewählt. 1868 übernahm er die Leitung des „Demokratischen Wochenblattes“ in Leipzig, das nach der Gründung der Sozialdemokratischen Partei auf dem Eisenacher Kongress in den „Volksstaat“ umgewandelt wurde.

In dieser Zeit wirkte Liebknecht gemeinsam mit Bebel auch für die Gründung moderner Gewerkschaftsorganisationen, die er in England Gelegenheit hatte kennen zu lernen. Es gelang auch, eine Anzahl internationale Gewerkschaften zu Stande zu bringen, darunter die „Internationale Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer“, mit dem Sitz in Dresden.

Die Stellungnahme Liebknecht's und Bebel's zur Kriegsfrage im Jahre 1870, sowie ihre intensive agitatorische Thätigkeit zogen ihnen Verfolgungen der Behörden zu, die schließlich im Leipziger Hocherrathsprozess 1872, in dem Bebel, Liebknecht und Hepner angeklagt waren, gipfelten. Liebknecht und Bebel wurden zu je zwei Jahren Festungshaft verurtheilt, die sie auf Schloß Hubertusburg verbüßten.

Während seiner Haft wurde er in Stollberg-Schneeberg wiederum in den Reichstag gewählt. Nach seiner Freilassung wirkte er mit Eifer und Entschiedenheit für die Einigung der beiden sozialdemokratischen Richtungen, die auch 1875 in Gotha zu Stande kam. Hier wurde der „Volksstaat“ in den „Vorwärts“ umgewandelt, den Liebknecht und Hasenclever bis zur Unterdrückung des Blattes durch das Sozialistengesetz 1878 gemeinsam redigierten.

1879 wurde Liebknecht vom Leipziger Landkreis in den sächsischen Landtag gewählt. Als 1881 der kleine Belagerungszustand über Leipzig verhängt wurde, wurde er als der Erste Einer aus Leipzig ausgewiesen und nahm seinen Wohnsitz in Borsdorf. 1886 bereiste er auf Einladung der amerikanischen Genossen Amerika. Seine Agitationsreise war ein Triumphzug für die deutsche Sozialdemokratie.

Im Jahre 1890 wurde, nach dem Falle des Sozialistengesetzes, das „Berliner Volksblatt“ zum Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei umgewandelt, dessen Chefredaktion Liebknecht übernahm und bis zu seinem Tode geführt hat. 1891 wurde er vom Leipziger Landkreis wieder in den sächsischen Landtag gewählt, der das Mandat infolge der Ueberfiedelung Liebknecht's nach Berlin für erloschen erklärte. Dem Reichstage gehörte er mit kurzer Unterbrechung (1887 bis 1888) seit 1874 ununterbrochen an; seit 1888, nach dem Tode Hasenclever's, vertrat Liebknecht den sechsten Berliner Wahlkreis. Seine letzte große Rede im Parlament hielt er am 12. Juni 1900.

Außer der oben genannten Festungshaft hat Liebknecht mehrfach Gefängnisstrafe verbüßt. Zum letzten Male wurde er im November 1895 wegen Majestätsbeleidigung, die er in der Begrüßungsrede an den Breslauer Parteitag begangen haben sollte, zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt.

Die Reaktionäre und Arbeiterfeinde haben Wilhelm Liebknecht immer bitter gehaßt und sie suchen ihre ohnmächtige Wuth gegen ihn noch über sein Grab hinaus zum Ausdruck zu bringen. Sie geben damit aber nur jenen Arbeitern, die Liebknecht nicht gekannt, einen sicheren Maßstab dafür, was Liebknecht für die Sache der Arbeiter bedeutet. In ihm ging der Besten Einer zu Grabe; seine Werke aber leben fort und in ihnen der Geist Liebknecht's!

Sonntag, den 12. August, wurde, was von Wilhelm Liebknecht sterblich war, begraben. Ueber das Leichenbegängniß ertheilen wir im Nachstehenden unserem geehrten Mitarbeiter das Wort:

Eine Todtenfeier.

Th. Berlin, 13. August 1900.

„Wenn der Anschein nicht trügt, wird Berlin bei dem heutigen Begräbniß Wilhelm Liebknecht's eine Trauerfeier erleben, wie noch nie eine dagewesen ist.“ So schrieb am gestrigen Sonntag ein bürgerliches Blatt. Es hat mit seiner Annahme recht behalten: Berlin hat noch nie eine solche Todtenfeier gesehen; und wir wollen auch nicht wünschen, daß sich das Schauspiel so bald wiederholt; denn die Wiederholung einer solchen Feier würde nur möglich sein, wenn der Zweite des sozialdemokratischen Dostkurenpaars, unser August Bebel, einst die Augen schließen sollte.

Wie hat die Arbeiterchaft ihren Alten, ihren Wilhelm Liebknecht verehrt und geliebt! Das konnte man erst gestern so richtig sehen. Oder nein, man konnte es auch gestern nicht sehen; denn wenn auch Zehntausende um Zehntausende ihm das letzte Geleit gaben, wenn Alle, die von ihrem Herzen gedrängt wurden, von der Kantstraße aus den reichlich 15 Kilometer langen Weg nach dem Berliner städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde — weit draußen im äußersten Osten der Millionenstadt gelegen, wohin selbst kein Ausläufer der Pferdebahnen mehr bringt — zurückzulegen, dann hätte der Trauerzug dreifach so viel Hunderttausende umfaßt, wie es gestern Zehntausende waren.

Wie armfellig ist das Begräbniß eines Fürsten „von Gottes Gnaden“, und wäre es noch so pomphaft arrangirt, gegenüber dem Begräbniß des Mannes, der in sich die Liebe des deutschen arbeitenden Volkes in einem Maße vereinigte, wie kein Zweiter. Man spricht davon, daß an dem Leichenbegängniß des Deutschen Kaisers Wilhelm I. an zehntausend Menschen theilgenommen haben. Was sind diese gegen die sechzig-, achtzig-, hunderttausend, die gestern dem schmucklosen Trauerwagen folgten, der in einfachem, gelben Sarge die letzten Reste des Seniors der deutschen Arbeiterbewegung barg?

Und das war nur ein sozialdemokratisches Armeekorps, deren Deutschland leicht doppelt so viel stellen könnte, als es militärische Armeekorps ernähren muß! Werden die Herrschenden, die eben wieder im Begriff sind, Deutschland in unübersehbare überseeische Abenteuer zu stürzen, sich der Bedeutung dieser Thatfache klar werden? Man mache doch einmal die Probe auf's Exempel! Zweifellos waren die Zehntausende von ernstesten Männern, die gestern Liebknecht's Sarge folgten und von denen die Einen fast noch im Jünglingsalter standen, während Andere mit dem Schnee ihrer Haare die reichen Erfahrungen eines langen Lebens deckten, sammt und sonders strengste Gegner der heutigen Politik unserer Regierung. Wohl! Man rufe seitens der letzteren Alle zu einem gleichen Zuge zusammen, die mit ihrer Politik einverstanden sind, man verspreche ihnen meinetwegen noch Freibier und wende andere, dem Patriotismus entsprechende Hülfsmittel an — wir möchten sehen, ob der Zug auch nur halb so lang wird wie der gestrige, und ob die Theilnehmer ebenso bereit wären, Gut und Leben für ihre Ueberzeugung zu opfern, wie das Trauergefolge vor und hinter Liebknecht's Leichenwagen.

Es hatte etwas Verändertes an sich, den inneren Werth dieser Demonstration sich zu vergegenwärtigen! Niemand bringt so etwas zu Stande als nur die Sozialdemokratie. Kein

Zwang, keine Belohnung, kein sonstiger persönlicher Vorteil erblühte den Teilnehmern am Leichenzuge, und doch waren sie aus allen Theilen des Reiches herbeigeeilt, zusammen wohl 20 000. So viel Treue, so viel Liebe und Hingebung ist unüberwindlich! Was gäben wohl die Großen dieser Erde darum, wenn sie mit ihrer Krone zugleich diese unwandelbare und unüberwindliche Treue der Hunderttausende von denkenden Männern einkaufen könnten!

Und nicht nur die Zahl der Teilnehmer war sinnverwirrend. Mehr noch die Thatfache, daß jeder Einzelne von ihnen ein gereiftes, unumstößliches Urtheil über die heutige „Ordnung“ dokumentiren wollte. Die verben Fäuste, welche an Werktagen den Hammer zu schwingen gewohnt sind und welche heute den friedlichen Palmenwedel vorantreiben, sind gewiß fähig, ein neues, besser wohlliches Gesellschaftshaus zu zimmern.

Stumm und ernst schritten sie dahin; den Blick zu Boden gesenkt und den Schwanz erneuernd, in den Bahnen dessen zu wandeln, dessen Bahre sie folgten und dem ein so herrlicher Tod beschieden gewesen ist. Ueber zweitausend Kränze mit Wabnungen waren aus allen Theilen Deutschlands herbeigetragen worden, um der unendlichen Trauer des arbeitenden Volkes über den Tod seines großen Führers Ausdruck zu geben, und es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Zahl der von einzelnen Gewerkschaften und Fabriken gewidmeten Kranzspenden wesentlich höher war, als die von politischen Organisationen, die richtige Antwort auf die neuerdings wieder auflobernde Streitfrage, ob die Gewerkschaften politisch oder neutral sein sollen. Es giebt nur eine Partei, welcher der zum Bewußtsein seiner Klassenlage gekommene Arbeiter angehören kann, die sozialdemokratische, mag nun das im Rahmen der engeren Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck kommen oder nicht. Und gerade unser Liebknecht gehörte zu denen, welche die Bedeutung einer auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaftsbewegung frühzeitig erkannt und mit seiner großen, unbergleichlich ausdauernden Kraft propagirt hat.

Sie machten sehr erstaunte und verduzte Gesichter, die Herren Geheimräthe und sonstigen Ordnungsmenschen in Berlin-West, als sie gestern aus den Fenstern ihrer Wohnungen auf den schier unendlichen Zug blickten. Was? Das wollen Sozialdemokraten sein? Das sind doch ganz anständige Menschen? Ist nicht jeder Sozialdemokrat ein verlumpeter, dem Trunke ergebener, verkommener Mensch? Und hier kommen Tausende um Tausende erster Männer, die in musterhaftester Weise, ohne jedes laute Wort, ihren unendlichen Zug in Ordnung halten? Es mag gestern in gar manchem Geheimrathsschädel der Verstand stehen geblieben sein!

Fast fünf Stunden dauerte es, ehe der Weg vom Trauerhause nach dem Friedhof in Friedrichsfelde zurück gelegt war; die Bänke vom Zuge mußten sogar über sechs Stunden unterwegs sein, und trotzdem nicht die geringste Störung, nicht der geringste Zwischenfall. Ueber eine Viertelmillion Menschen bildeten links und rechts Spalier. Von den Dächern der Häuser blickten sie herab, aus allen Fenstern quollen die Köpfe der Neugierigen; in vielfacher Weise thürmten sie sich auf der Straße hinter einander auf.

August Bebel sprach in der Trauerhalle. Mit bewegter Stimme und mühsam unterdrücktem Seelenschmerz richtete er an den großen Todten den letzten Scheidegruß. Ihm folgten die Vertreter der österreicherischen, französischen, tschechischen, englischen, ungarischen, belgischen, dänischen, polnischen, schweizerischen und holländischen Arbeiter. Jeder sprach nur wenige Worte, aber in diesen kurzen Worten lag die Seele. Und dann der letzte, kurze Marsch bis nach der offenen Grabesstelle in dem parfarartig angelegten Friedhofe, dessen Ruhe der Abgeschiedenheit den milden Erdenpilger einladet zum ewigen Bleiben; dicht an einem größeren Gebüsch gelegen ist unseres Altens letzte Ruhestätte. „Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben“, sangen mehrere Arbeitergesangsvereine, während geräuschlos der Sarg in die tiefe Gruft gesenkt wurde. Die Stille des Abends war hereingebrochen; Waldbesriede breitete sich über die Gegend aus, die ersten Schatten der Dämmerung huschten über die Erde, als Singer am offenen Grabe dem Freunde, Lehrer und Kampfgenossen den letzten Dank der Arbeiterschaft für sein rastloses, erfolgreiches Wirken darbrachte. Lautlos hörten die Hunderte und Tausende, die das Grab in weitem Bogen umstanden, zu, und aus gar manchem Auge, das seit langen Jahren des Wehnens ungewohnt war, lief eine Thräne über die Wange in den Bart.

„Ruhe sanft, Du Unsterblicher!“ mit diesen Worten endete Singer seine Rede. „Ruhe sanft, Unsterblicher!“ rufen auch die Arbeiter der Erde. „Wir werden Dein Vermächtniß zu erfüllen suchen!“

beauftragt. Die Zahlstelle ist dem nachgekommen und hat die Kameraden K. Schröder, G. Jörs und G. Kremer gewählt.

Die Verwaltungsbeamten der Zahlstellen werden darauf aufmerksam gemacht, daß in kurzer Zeit eine Agitationstour durch Rheinland unternommen wird, und daß sie verpflichtet sind, in ihrer nächsten Umgegend Agitation für Ausbreitung des Verbandes zu betreiben, damit der Erfolg der Agitationstour dann ein um so größerer werde.

Alle Briefe und Sendungen sind an Karl Schröder, Marienstr. 18 a in Düsseldorf zu richten.

Unsere Lohnbewegungen.

Die Streikklausel fängt schon an, ihre wunderlichen Blüten zu treiben. In Bayreuth sollte der Neubau des Schulhauses in Submision vergeben werden. Die Baumeister, denen der Anschlag zugesandt wurde, offerirten alle über den Anschlag hinaus und erklärten zugleich, daß die Arbeiten viel zu niedrig veranschlagt worden wären. Das veranlaßte den Magistrat, Stellung zu der Sache zu nehmen. Hierbei führte der Bürgermeister aus, man habe doch den Antrag der Baumeister auf Einführung der Streikklausel angenommen, und nun erwarte man selbstverständlich auch ein Entgegenkommen.

Die Meinung ist sicherlich nicht übel. Zur Anebelung der Arbeiter wollte der Magistrat beitragen durch Annahme der Streikklausel, an den eventuellen Erfolgen dieser Politik will er aber auch theilnehmen. Das sind nette Ausichten für die Arbeiter. Aber auch die von den Schornsteinführern genährten Baumeister dürften bald einsehen, daß sie sich mit ihrer albernen Streikklausel selbst schädigen.

Der Streit in München ist beendet. Nachdem die Streikenden mehr und mehr ihrer Sache untreu geworden, beschloßen am 7. August die noch übrig gebliebenen 120 Kameraden, den Streik aufzuheben.

Durch die bürgerliche Presse geht die Behauptung, die Streikenden seien nur gegen einen um 5/8 reduzierten Stundenlohn wieder eingestellt worden. Wir können dazu bemerken, daß uns darüber noch keine Mittheilung vorliegt und glauben auch nicht, daß die Behauptung der bürgerlichen Presse auf Wahrheit beruht; denn wir halten die Münchener Meister, die ja sonst nicht sehr geistreich sind, denn doch nicht für so dumm, daß sie die Münchener Zimmerer selbst mit der Nase darauf stoßen, daß sie sich endlich einmal gehörig organisiren müssen.

Der Streit in Sriedegan ist beendet. Am Sonntag, den 5. August, verhandelte die Lohnkommission mit Zimmermeister Kirchner, wobei das Resultat erzielt wurde, daß auch er die schon in voriger Nummer mitgetheilten Bedingungen bewilligte.

Zu der Sperre über die Firma Stange & Barth in Erfurt wird über den dortigen Lohnkommission mitgetheilt, daß derselben seinerzeit nachstehendes Schreiben zugeht:

„Zu den am 30. Juni in Sachen des Zimmererstreiks getroffenen Vereinbarungen ist von dem größten Theile der Arbeitgeber die Zustimmung ertheilt worden.“

Nicht zugestimmt haben die Herren Gahmann, Schier, Germanns, Schreiber und vorbehaltlich: Stange & Barth. J. A.: Fr. Kummer.“

Da die drei erstgenannten Firmen gleich am ersten Tage des Streiks den Tarif unserer Kameraden unterschrieben, hatten diese es nur noch mit den Firmen Schreiber und Stange & Barth zu thun. Eine an demselben Abend stattfindende Versammlung beschloß, über die Arbeiten beider Firmen die Sperre zu verhängen. Die Firma Schreiber hat den Abmachungen halb darauf zugestimmt; anders lag die Sache bei Stange & Barth.

Hier war die Zustimmung unter Vorbehalt verhänglich. Es wurde von der die Sperre verhängenden Versammlung angenommen, hinter dem Vorbehalt verstecke sich die Absicht, den dort beschäftigten Kameraden beliebigen Lohn zu zahlen, oder die Vereinbarungen nur so lange anzuerkennen, wie die Arbeit drängt, und dann sich nicht mehr daran kehren zu wollen. Nachdem mehrere Kameraden bei Stange & Barth erklärt hatten, dort nicht länger arbeiten zu können, wurde die Lohnkommission von Meister Barth aufgejucht, der sich erkundigen zu wollen vorgab, aus welchen Gründen über seine Firma die Sperre verhängt worden sei. Die vorstehenden Gründe sind ihm mitgetheilt worden. Er suchte die Gründe dadurch zu entkräften, daß er vorgab, das „Vorbehaltlich“ bezüge sich nur auf die Kommission der Innungsmeister, eine nähere Motivirung lehnte er jedoch ab. Unsere Lohnkommission stellte Meister Barth anheim, er möchte die Bemerkung „Vorbehaltlich“ schriftlich zurück nehmen, und falls er nicht direkt an unsere Lohnkommission schreiben wolle, möchte er sich der Vermittelung des Meisters bedienen, durch die die Lohnkommission sonst von den Beschlüssen usw. informiert wird. Meister Barth lehnte diesen Vorschlag ab.

Am 8. August verhandelte eine Versammlung unserer Kameraden über die Sache und beschloß, die Sperre über die Arbeiten von Stange & Barth bestehen zu lassen, bis die Vereinbarungen von der Firma ohne Vorbehalt schriftlich anerkannt werden.

Bemerken wollen wir noch: Als unsere Nr. 30 eben zur Post gegeben worden war, erhielten wir nachstehende Postkarte: Erfurt, den 24./7. 00.

Herrn G. Edel

Da wir bis heute ohne jede Nachricht und Bescheid, auf unsere an die Expedition („Der Zimmerer“) gerichtete Karte geblieben sind, eruchen wir Sie nochmals, unsere Forderung, betreffend Nichtigstellung der in Ihrem Blatte enthaltenen Notiz (wir zahlten den Lohn nicht, der vereinbart ist) zu entsprechen und zwar nach § 11 des Preßgesetzes. Sollten wir innerhalb 8 Tagen keinen Bescheid von Ihnen erhalten, werden wir auf Schadenersatz Klage beim Staatsanwalt einreichen. Erfurt, den 24. Juli 1900.

B. Stange & Barth, Zimmermeister.

Die Aussperrung in Neudamm scheint die Meister nachgerade doch würde zu machen. Wie uns geschrieben wird, haben einige bewilligt. Unsere Kameraden haben daraufhin beschloßen, allernächst dort, wo die Forderungen bewilligt werden, die Arbeit aufzunehmen.

Abrechnung über den Streik der Zimmerer in Ahrensböck vom 1. bis 29. Mai 1900.

Einnahme.

Aus der Hauptkasse M. 140,—
" " Lokalkasse " 149,13
Summa... M. 289,13

Ausgabe.

An Unterstüßungen..... M. 282,50
Für Annoncen " 1,50
" Porto und Schreibmaterial..... " 5,13
Summa... M. 289,13

Die Richtigkeit beglaubigen:

Joh. Wenzel. G. Stüber. J. Müller.

Abrechnung über d. Streik d. Zimmerer in Neustadt i. M. vom 5. bis 17. März 1900.

Einnahme.

Aus der Hauptkasse des Verbandes M. 89,60
" " Lokalkasse " 10,24
Summa... M. 99,84

Ausgabe.

An Streikunterstüßungen M. 89,60
" Reiseunterstüßung " —,50
Für Porto und Schreibmaterial..... " 1,54
Sonstige Ausgaben..... " 8,20
Summa... M. 99,84

Für die Richtigkeit:

J. Mag. W. Meud. C. Dan.

Berichte aus den Zahlstellen.

Acherleben. Am 4. August tagte unsere regelmäßige Versammlung, die so schlecht besucht war, daß über die Abhaltung des Stützungsfestes Beschluß nicht gefaßt werden konnte. Wir wollen hoffen, daß die nächste Versammlung besser besucht sein wird, damit wenigstens Beschlüsse gefaßt werden können, die Aussicht auf Durchführung haben. Nach Erledigung der Kassenangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Bremen. Am 1. August tagte unsere Mitgliederversammlung. Kamerad Beyer verlas die Abrechnung vom Sommerfest, die mit einem Ueberschuß von M. 118,80 abschloß. Der Kassirer verlas die Abrechnung vom zweiten Quartal, welche einen Gesamtkassenbestand von M. 2382,01 ergab. Cornels bestätigte die Richtigkeit der Kasse. Von mehreren Rednern wurde verlangt, sämtliche Kassen zu einer zu verschmelzen, welches Verlangen nicht allgemeine Zustimmung fand. Es wurde beschloßen, die Streik- und Unterstüßungskasse zu einem Lokalfonds zu vereinigen, die Lokalkasse aber für sich bestehen zu lassen. Den Jahresbericht der Lohnkommission erstattete Steffens, der hauptsächlich die diesjährige Lohnbewegung besprach, welche uns einen tüchtigen Schritt vorwärts gebracht hat. Hierauf wurde eine neungliederige Lohnkommission gewählt, die sich aus den vier Gesellenauschussmitgliedern Vorderer, Steffens, Bayer sen. und Lange, sowie aus den Kameraden Bayer jun., Freitrag, Nolte, Kräft und Zimmermann zusammensetzt. Ueber die geplante Hausagitation entspann sich eine längere Diskussion. Es wurde eine Kommission von zehn Mann eingesetzt, welche die Stadt bezirksweise vornehmen soll. Zwei Unterstüßungsgesuche, welche dem Vorstande zur Erledigung überwiesen worden waren, wurden als berechtigt anerkannt. Da die Gesamtsumme der an ein Mitglied zu leistenden Unterstüßung in einem Jahre M. 50 nicht übersteigen soll, erhielt der eine Unterstüßungsbedürftige, der schon einmal mit M. 30 unterstüßt worden war, M. 20, der Andere M. 30 bewilligt. Für den abgereisten Kameraden Klattenhof wurde Otto als Kartellbelegirter und Bayer jun. in die Beschwerdekommision gewählt. Gerügt wurde das Ueberhandnehmen der Ueberstundenarbeit, und die Lohnkommission wurde ermahnt, ein wachsames Auge darauf zu haben. Eggers berichtete über den Zustand der Glasarbeiter, dem das Kartell seine Unterstüßung zugesagt hat, und über die Lohnbewegung der Barbieri. Er forbert die Mitglieder auf, sich nur in solchen Geschäften bedienen zu lassen, welche die Forderungen der Barbiergehülfen bewilligt haben. Nachdem der Vorsitzende noch zum Abonnement auf die „Bremer Bürgerzeitung“ aufgefordert, erfolgte Schluß der Versammlung.

Charlottenburg. In der am 7. August abgehaltenen Versammlung stand „Abrechnung vom 2. Quartal“ und „Verschiedenes“ auf der Tagesordnung. Die vom Kassirer verlesene Abrechnung ergab eine Einnahme von M. 1077,66, der eine Ausgabe von M. 932,31 gegenüber stand. Da die Abrechnung vom Vorstand und den Revisoren als richtig bestätigt wurde, erfolgte Dechargeertheilung. In „Verschiedenes“ wurde beantragt und beschloßen, dem verstorbenen Genossen Dieblich einen Kranz zu spenden. Nachdem der Kassirer die Namen der neu aufgenommenen sowie der wegen Schulden gestrichenen Kameraden verlesen hatte, wurde beschloßen, die Versammlung zu schließen und an einer zu gleicher Zeit stattfindenden Volksversammlung Theil zu nehmen.

Chemnitz. Am 31. Juli tagte eine öffentliche Versammlung. Genosse Krause vom Gewerkschaftskartell hielt einen lehrreichen Vortrag, der mit Beifall aufgenommen wurde. Kamerad Friedel erstattete Bericht über unsere Lohnforderungen, die ein Resultat noch nicht gezeitigt, wohl aber einige Maßregelungen mit sich gebracht haben. Den Grund zu diesen trübseligen Erscheinungen berichtet schon die Versammlung, deren Besuch keineswegs dazu angethan war, den Meistern Respekt einzufößen. Zu der Landeskonferenz in Leipzig wurde Kamerad Friedel gewählt.

Dortmund. Am 5. August fand unsere Generalversammlung statt, die leider nur sehr schwach besucht war; von den 250 Mitgliedern, die unsere Zahlstelle zählt, waren nur 75 anwesend. Nach Verlesung der Abrechnung wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Dann wurde beschloßen, vom 2. August ab pro Woche 10 M zum Lokalfonds zu steuern. Zur Erledigung der Geschäfte im Arbeitsnachweis wurden die Kameraden Dankowsky und Gahmann gewählt und ihnen eine Entschädigung von 20 M pro Stunde bewilligt. Der Arbeitsnachweis ist Abends von 8½ bis 9½ Uhr geöffnet. Dann wurde die Lohnkommission durch Kamerad Rumberg ergänzt. Außerdem wurden die Bücherkontroleure ermahnt, pünktlicher in der Versammlung zu erscheinen.

Am Donnerstag, den 9. August, fand hier eine öffentliche Versammlung statt mit folgender Tagesordnung: „Das Verhalten der Meister zu unseren Forderungen, Stellungnahme zum

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen der Agitationskommissionen.

An die Zahlstellen des Agitationsbezirks Rheinland.

In der in Oberfeld abgehaltenen Konferenz wurde die Zahlstelle Düsseldorf mit der Wahl der Agitationskommission

Streik und Verschiedenes. Kamerad Ede hatte das einleitende Referat übernommen. Seine Ausführungen gipfelten darin, jetzt den Streik nicht zu proklamieren. Zunächst bedürfe es noch gründlicher Vorbereitung zu einem Kampfe. Wenn auch, was anerkannt werden müsse, viel gearbeitet sei, so sei aber noch nicht das erreicht, was als Ziel gesteckt sei. Ein recht bedeutender Theil der Zimmerer gehöre dem Verbands noch nicht an. Diese zu gewinnen, müsse in der nächsten Zeit versucht werden. Zudem sei aber der Versammlungsbesuch nicht ein derartiger, um den Streik proklamieren zu können. Kamerad Bromm erklärte, daß, wenn die Versammlung von ca. 400 Kameraden besucht wäre, er für Proklamierung des Streiks sein würde, da aber höchstens 140 Mann anwesend seien, rathe er ab. Nachdem sich Kamerad Walter in demselben Sinne ausgesprochen hatte, wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute, am 9. August, tagende öffentliche Zimmererverversammlung bedauert infolge des schlechten Versammlungsbesuches, die Tagesordnung nicht vollständig erledigen zu können, verspricht jedoch, in der Weise Propaganda unter den Zimmerern Dortmunds zu machen, daß in nächster Zeit die Streiffrage geregelt werden kann. Zu gleicher Zeit wird es dem Vorstande der Zahlstelle, sowie der Lohnkommission zur Aufgabe gemacht, Erhebungen zu veranstalten, um eine genaue Uebersicht der hiesigen Verhältnisse zu schaffen und auf Grund deren dann weitere Maßnahmen ergriffen werden können.“ Nachdem noch zum Beitritt in den Verband aufgefordert war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Dortmunder Zimmererbewegung geschlossen.

Essen. Am 5. August fand eine von 140 Zimmerern besuchte Versammlung statt, an welcher Kamerad Krenser-Düsseldorf Theil nahm. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: „Sind die Zimmerer Essens berechtigt, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu fordern?“ Kamerad Krenser führte als erster Redner unter Anderem aus, daß infolge der schwachen Organisation die Lohnverhältnisse sich nicht in dem Maße verbessert hätten, wie gewünscht werde. Dem sei aber abzuhelfen, wenn alle hier anwesenden Kameraden erklärten, sich dem Verbands anzuschließen. Kamerad Wayer schilderte hierauf, was die Veranlassung zur Stellung der Forderungen gewesen sei. Am 1. April sei von den Unternehmern Antwort erwartet worden, dieselbe sei aber nicht eingetroffen. In einem Streik sei nicht eingetreten worden, weil die Verhältnisse nicht dem entsprechend seien. Kamerad Krenser macht den Vorschlag, die Lohnkommission zu beauftragen, eine Verhandlung mit den Unternehmern herbeizuführen, um über den eingereichten Tarif berathen zu können. Wayer macht den Vorschlag, von den Unternehmern innerhalb 14 Tage Antwort zu verlangen, und daß dann wieder eine Versammlung abgehalten werde, wo endgültig zu beschließen sei. Dieser Vorschlag wurde angenommen und ferner beschlossen, vom Hauptvorstande zu fordern, daß an dieser Versammlung ein Vertreter desselben theilnehme. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. M. Am 1. August tagte unsere regelmäßige Versammlung, die gut besucht war. Zunächst wurde richtig gestellt, daß von den 300 organisierten Kameraden sich nur 65 an dem Kauf der *Maimarken* betheilig haben (nicht „*Extramarken*“, wie es im Bericht der Nr. 30 heißt). Dann wurde Kamerad J. Appel als Bibliothekar gewählt. Dem bisherigen Bibliothekar wurde der Vorwurf gemacht, daß er sich nicht genug um seinen Posten gekümmert habe. Der Vorsitzende erläuterte den Zweck der vom Hauptvorstande veranstalteten Arbeitslosenstatistik und ermahnte die Kameraden, die ihnen gelieferten Zettel gewissenhaft und pünktlich auszufüllen und dieselben längstens bis zur nächsten Mitgliederversammlung an den Vertrauensmann abzuliefern. Ferner kritisierte der Vorsitzende die große Unruhe vieler Mitglieder im Nachkommen ihrer finanziellen Verpflichtungen. Jeder organisierte Arbeiter müsse wissen, daß die kleinen Opfer für die Organisation zu tragen sind, damit die leider noch im großen Umfange obwaltenden Mißstände beseitigt werden können. Mit einem begeistert ausgeprochenen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Hitzsternberg i. Mecklenb. Am 26. Juli tagte unsere regelmäßige Versammlung, die nur sehr schwach besucht war, ganze sieben Mann waren anwesend. Selbst der Vorstand hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen, nur der Kassirer und Schriftführer waren zugegen. Die Versammlung verlief denn auch resultatlos. Das Fehlen der auswärts wohnenden Kameraden läßt sich noch entschuldigen, weil dieselben Sonntags mit Landarbeit zu thun haben, aber die einheimischen Kameraden sollten wenigstens so viel Interesse an der Sache zeigen, daß sie alle Monat einmal zur Versammlung kommen, sonst kommen wir niemals vorwärts.

Gleitwitz in Oberschlesien. Am 7. August fand im Saale des Herrn Heckhorn eine öffentliche Zimmererverversammlung statt, in welcher Schmidt-Breslau über den Nutzen der Organisation referirte. Besonders eingehend erläuterte Redner die Lohnverhältnisse im Baugewerbe. Zum Schluß seiner Ausführungen ermahnte er, ohne Unterlaß für Ausbreitung des Verbandes thätig zu sein. Wenn in nächster Zeit ein, auch in polnischer Sprache, geschriebenes Flugblatt verbreitet würde, solle ein Jeder dieses lesen und für Weiterverbreitung sorgen. Nachdem noch in demselben Sinne Kamerad Fuhrmann und ein Maurer gesprochen hatten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg. Am 9. August fand bei Hilmer eine Mitgliederversammlung statt. Zunächst erwähnte der Vorsitzende, die uns von einigen Meistern zur Unterschrift vorgelegten Zettel, welche gleichbedeutend mit der Ungültigkeitserklärung des § 606 des Bürgerlichen Gesetzbuches für die Hamburger Bauarbeiter sei. Zu dieser Angelegenheit hatte der Vorsitzende Rücksprache mit dem Obermeister Lummert genommen und ihm erklärt, daß dieses Verfahren, wenn kein Bruch, so doch mindestens ein Zusatz zu der Lohnkarte sei. Lummert erklärte, daß dieses kein offizieller Beschluß der Innung sei, sondern vielmehr freier Wille der einzelnen Meister. Auch hätten die Gesellen ja nicht nöthig, diesen Zettel zu unterschreiben. Der Vorsitzende ermahnt die Versammlung, die Unterschrift zu verweigern, da nach den bisherigen Erfindungen die betreffenden Paragraphen durch Vertrag abgeändert werden könnten. Dann macht der Vorsitzende Mitteilung von ausgetretenen Differenzen bei Wehne und v. Minden, die dadurch hervorgerufen wurden, daß einige Kameraden sich weigerten, die beschlossenen Extramarken zu nehmen. Die Differenzen wurden jedoch dadurch beigelegt, daß der Arbeitgeber erklärte, dafür zu sorgen, daß diese Kameraden ihren Pflichten nachkommen würden. Zwei weitere Kameraden, welche dem Verbands nicht angehörten, erklärten sich bereit, dem Verbands beizutreten. Hierauf erfolgte die Bekanntgabe der Abrechnung vom 2. Quartal des Rezervefonds. Die Frage, dürfen unsere Mitglieder an der Kamme im Afford arbeiten,

rief zunächst eine lebhafte Debatte hervor. Es wurde schließlich folgender Antrag des Kameraden Wutter angenommen: Die Zimmerer Hamburgs werfen nach wie vor prinzipiell die Affordarbeit, sind aber der Meinung, da die Verhältnisse der Kammarbeit eigenartig liegen, hier Ausnahmen zu gestatten, verpflichten jedoch diejenigen Kameraden, welche zur Kammarbeit herangezogen werden, dem Vorstande hiervon Meldung zu machen. Dieser hat alsdann zunächst den Versuch zu machen, daß auch die Kammarbeiter im Tagelohn ausgeführt werden. Dann berichte Schnad von der Sitzung der Vorstände der Maurer und Zimmerer Hamburgs, welche zu dem Zwecke stattgefunden hatte, gemeinsame Maßregeln zu treffen, zur gänzlichen Ausrottung der Affordarbeit. Es wurde dem Vorstand nach kurzer Debatte das Recht gegeben, auf solchen Bauten, wo die Maurer Afford arbeiten, oder dessentwegen die Arbeit eingestellt, seitens der Zimmerer ebenfalls die Sperre zu verhängen. Der Antrag Nothenburgsort und Weddel, Beschwerdeführung gegen die Redaktion bezüglich Preßkommission des „Zimmerer“ wurde auf Antrag Geiger's wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt. Zu „Lohn- und Arbeitsbedingungen“ wurde von einem Kameraden bei Mansfeld Beschwerde geführt. Dieser arbeitete auf einem Ponton der Zollabfertigung auf der Elbe und war der Ansicht, daß dieses Wasserarbeit sei und demgemäß bezahlt werden müsse. Da man sich kein bestimmtes Urtheil in dieser Angelegenheit bilden konnte, wurde eine dreigliedrige Kommission ernannt, welche die Sache zu untersuchen hat.

Susum. Am 4. August tagte unsere Mitgliederversammlung, die von sieben Kameraden besucht war, worunter sich zwei Vorstandsmitglieder befanden. Von den übrigen Fünf sollten drei Vorstandsmitglieder und ein Kartellbelegirter gewählt werden. Gewählt wurde indessen nur ein Kassirer, der die Kassengeschäfte vom letzten Quartal ab besorgt und ein zweiter Vorsitzender, die übrigen Posten mußten offen bleiben. Bekannt gegeben wurde, daß sechs Mann aus dem Verbands ausgetreten sind, die bei ihren Meistern eine Lohnzulage von 2 s bekommen haben. Dieselben scheinen damit für den Austritt gekauft zu sein. Das nennt man wenigstens „Gelben“. Es wurde auch gerügt, daß für die Maurer nicht genügend Unterstützung einläuft. Nur ein Platz thut seit neun Wochen seine volle Schuldigkeit.

Johanngeorgenstadt i. S. Am 5. August tagte hier eine gut besuchte Versammlung der Maurer und Zimmerer. Kamerad Miltzer aus Zwickau hielt einen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Lage der Maurer und Zimmerer und die Vortheile der Organisation“, der mit allgemeinem Beifall aufgenommen wurde. Dann wurde Kamerad Mag Niedermeier, der die Organisationsgeschäfte für beide Berufe leiten soll, gewählt. 50 Mann ließen sich als Einzelsahler in den Verband aufnehmen. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten wurde nach zweistündiger Dauer die Versammlung geschlossen.

Rattowitz i. Oberschl. Am 8. August fand im Lokale des Herrn Cohn eine öffentliche Zimmererverversammlung statt, in welcher Kamerad Schmidt-Breslau einen Vortrag hielt über: „Was lehren uns die Lohnkämpfe der Zimmerer?“ In längerer Ausführung schilderte er besonders die Lohnkämpfe der Zimmerer Schlesiens. So habe sich seit diesem Frühjahr in Schlesiens etwas mehr Leben gezeigt als alle Jahre vorher. Mit Eintritt in den Verband sei aber an mehreren Orten auch gleichzeitig der Versuch gemacht worden, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage herbei zu führen. So seien denn in Goldberg, Striegau, Langenbielau, Breslau und auch in Rattowitz Lohnforderungen gestellt worden. In allen den Orten sei auch etwas erreicht worden. Viel sei es allerdings nicht, um was die Löhne erhöht worden seien, aber es zeige doch, daß schon das Bestehen einer Organisation nicht ohne Einfluß auf die Stellungnahme der Unternehmer gewesen sei. Die Wauthätigkeit sei besonders in Oberschlesien eine sehr rege und gebe den Zimmerern die Gewißheit, daß ein höherer Lohn zu erreichen sei, wenn die Zimmerer nicht die Hände in den Schooß legen, sondern kräftig für Ausbreitung des Verbandes thätig sind. Die diesjährige Lohnbewegung habe gezeigt, daß Einigkeit zum Ziele führe und diese Einigkeit muß erhalten werden. Jedes Mitglied muß den Verpflichtungen dem Verbands gegenüber selbst nachkommen und neue Anhänger werden. Der Gedanke, daß nunmehr Alles ruhen dürfe und erst dann wieder Leben gezeigt zu werden brauche, wenn wieder die Lohnfrage auf der Tagesordnung stehe, sei falsch. Zimmerer müssen die Zimmerer gerüstet sein. Reicher Beifall folgte diesen Ausführungen. An der Debatte betheiligten sich mehrere Kameraden. In „Verschiedenes“ wurde über die Lokalfrage verhandelt und betrefft der in der Öffentlichkeit gegen Herrn Cohn ausgeprägten Gerüchte Folgendes beschlossen: „Die Zahlstelle Rattowitz erklärt, daß Herr Cohn weder seine Freunde, noch sonst irgend Jemand von unserer Seite eingeladen hat, wegen seines Geschäftsausfalles eine Aenderung betreffs der Saalvergebung herbei zu führen.“ Die Verständigung zur weiteren Ueberlassung des Saales zu Gewerkschaftsversammlungen vollzog sich durch ein zufälliges Zusammentreffen des Herrn Cohn mit dem Leiter der hiesigen Zimmererbewegung. Wenn die polnische Arbeiterzeitung falsch unterrichtet ist, so ist dieses zu bebauern. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Lauenburg. Am 29. Juli fand die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nach dem Verlesen des Protokolls der letzten Versammlung erfolgte die Einnahme der Beiträge. In „Verschiedenes“ wurde über die Arbeitsverhältnisse am Orte berathen. Hervorgehoben wurde, daß die Wauthätigkeit infolge der Fertigstellung des Elbe-Extrabanal nicht mehr so gut sei. Nachdem hierüber noch des Längerer diskutirt war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Wiegitz. Am 9. August fand eine öffentliche Zimmererverversammlung statt, in welcher Kamerad Schmidt über die Wauthätigkeit sprach. Redner verstand es, den Anwesenden klar zu machen, daß die Folgen dieser guten Wauthätigkeit wenig oder nichts an der Lage der Zimmerer geändert habe. Nur dort, wo der Werth der Organisation erkannt worden sei, sei auch ein kleiner Theil vom Profit an die Arbeiter gekommen. Wo aber die Organisationen noch mangelhaft waren, sei Alles in die Taschen der Unternehmer geflossen. Das dem so ist, müßten eigentlich die Kameraden in Wiegitz schon längst wissen. Leider sei aber die Organisation nicht so wie sie sein müsse. Es dürfe aber kein Stillstand eintreten, sondern die Zahlstelle müsse wieder so ausgebaut werden, damit die Zimmerer von Wiegitz auch einen Vortheil von der guten Wauthätigkeit genießen könnten. Nach einer lebhaften Debatte wurde beschlossen, den Gesellenauschuß zu beauftragen, von der Innung zu verlangen, daß auch den Zimmerern der Lohn gezahlt werde, welchen die Maurer erhalten. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Schwerte a. d. Ruhr. Am 5. August fand unsere Mitgliederversammlung statt, an welcher auch Kamerad Walter theilnahm. Von demselben wurde darauf hingewiesen, daß es Pflicht der Kameraden sei, die Zahlstelle hoch zu halten. Wenn auch infolge der Lohnbewegung, die ja mit einem Erfolge beendet sei, ein großer Theil der Mitglieder abgereist sei, so müßten dieselben in kurzer Zeit wieder ersetzt werden. Den Ausführungen Walter's entsprechend wurde auch beschlossen. Zum Vorsitzenden wurde Kamerad Nidels und zum Schriftführer Hagen gewählt und hierauf die Versammlung geschlossen.

Werdau. Am 29. Juli fand eine öffentliche Versammlung der Maurer und Zimmerer statt, in welcher Kamerad Miltzer-Zwickau über den wirtschaftlichen Kampf sprach. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. In der Debatte wurde die in Werdau übliche Sonntagsarbeit einer Kritik unterzogen und folgende Resolution angenommen: „Die heute, am 29. Juli, tagende öffentliche Versammlung der Maurer und Zimmerer verurtheilt ganz entschieden die Sonntagsarbeit auf dem Schützenplatze in Werdau und hofft, daß die Werdauer Polizeibehörde in Zukunft keine Erlaubniß mehr zu diesen Arbeiten erteilt, um so mehr, als mit dem Unterlassen dieser Arbeit keine Betriebsstörungen vorkommen.“ Nachdem noch beschlossen war, der Kontrolle über die Baugeschäfte und Zimmerplätze mehr Aufmerksamkeit zu schenken, damit die Sonntagsarbeit beseitigt werde, erfolgte Schluß der Versammlung.

Wilhelmsburg. Am 5. August tagte unsere Mitgliederversammlung. Die Abrechnung vom 2. Quartal wurde verlesen und für richtig erklärt, worauf dem Kassirer Decharge erteilt wurde. Beschlossen wurde, keine Extramarken zu kaufen. Das Verhalten der Kameraden Th. Peters und Fr. Steinhauer wurde gerügt und beschlossen, diese Mängel im „Zimmerer“ bekannt zu geben. Ueber die Sperre auf Schmidt's Bauten wurde nunmehr verhandelt und bekannt gegeben, daß trotz Bekanntmachung noch drei Mann dort arbeiten, wovon zwei aus Harburg, welche anwesend waren. Hierzu wurde beschlossen, wenn dieselben weiter arbeiten, sie auf Grund des Statuts auszuschließen. Im Uebrigen soll die Sperre fortbestehen. Ferner wurde beschlossen, sämtliche Versammlungen bei Riedmann, Reihersieg, abzuhalten. Nachdem noch Kamerad Mittag als Delegirter zum Kartell und die Kameraden Schilling und P. Müller in das Festcomité zum Gewerkschaftsfest gewählt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Vermischtes.

Abrechnung der Zahlstelle Hamburg über das 2. Quartal. Einnahme.

Beiträge der Hauptkasse.....	M. 5022,—
Maimarken.....	15,50
Lokalfonds.....	1326,45
Streifonds.....	797,—
Getränküberschuß durch Obermeit.....	25,—
Stork für Michaelis.....	7,20
Querseld.....	32,10
Möller.....	22,25
Gerger.....	12,75
Aufnahmen (Strafen).....	40,—
Für das Hamburger Gewerkschaftskartell (Maimarken und Zeitung).....	85,80
Für Vorträge der „Urania“.....	5,40
Zinsen belegter Gelder.....	157,86
Zusammen.....	M. 7549,31
Bestand vom 1. Quartal.....	6875,76
Summa.....	M. 14425,07

Ausgabe.

Revisionsentschädigung.....	M. 17,75
Sitzung des Vorstandes, der Lohnkommission und der Kartellbelegirten.....	118,25
Schreibutensilien.....	8,35
Porto des Vorstandes.....	59,83
Entschädigung an die Vorstandsmitglieder (2. Quart.).....	90,—
Arbeitsversammlungen und Jahrgelder.....	48,87
An die Kolporteurs, 5 pSt. der Beiträge, des Lokalfonds und sonstige Ausgaben.....	360,73
Beiträge für drei Ehrenmitglieder.....	13,65
Arbeitslose.....	462,90
Kränze für verstorbenen Kameraden.....	80,—
Transport der Utensilien.....	11,—
Feuerversicherung.....	10,90
Unterstützung an Frau Verhe.....	25,—
Mutik bei der Maimarkter.....	63,—
Referate.....	2,50
Fahnenstück, zur Fahnenweihe der Zimmerarbeitsleute.....	21,56
Druckkosten für Versammlungsanzeigen etc., „Echo“.....	121,90
Literatur des Vorstandes.....	14,60
Streifunterstützung an die Zahlstelle Altona zurück.....	75,10
Wilhelmsburg.....	38,50
An sieben Kameraden bei der „Frankfurter Gesellschafft (Lübeckertthor).....	253,15
Dampftour.....	800,—
An die Bauarbeiterprüfungskommission (1. u. 2. Quart.).....	60,—
An das Hamburger Gewerkschaftskartell:	
Beiträge (1. und 2. Quartal).....	120,—
Maimarken und Zeitungen.....	85,80
Karten für Vorträge der „Urania“.....	5,40
Broschüren „Die Hamburger Gewerkschaften“ (West).....	87,50
An die Hauptkasse: Beiträge (1. Quartal).....	36,75
(2. „).....	4000,—
Maimarken.....	15,50
Streifonds.....	1000,—
Zusammen.....	M. 8058,43
Bestand für das 3. Quartal.....	6366,64
Summa.....	M. 14425,07

Bilanz.

Bestand vom 1. Quartal.....	M. 6875,76
Deckung der Minder-Einnahme.....	509,12
Bestand für das 3. Quartal.....	M. 6366,64
Von dem Bestande sind M. 6307,86 auf Dank belegt, M. 58,78 in Vaar.	
A. Groß, 2. Vorsitzender. Otto Friedrich, Kassirer.	
Für die Richtigkeit:	
J. Kohpeiß, J. Subrig, Revisoren.	
Die Minder-Einnahme für das 2. Quartal ergibt sich aus der vorläufigen Deckung der Kosten für die Dampftour.	

Behandlung von Postpaketen. Die Klagen darüber, daß so viele Postpakete in einem trostlosen Zustande in die Hände des Empfängers gelangen, reizen nicht ab. Auch bei uns verheißt fast keine Woche, wo nicht mehrere Klagen darüber geäußert werden. Vielfach kennen die Klageführenden garnicht die Ursache des Uebels und machen daher Personen Vorwürfe darüber, die nichts dazu können. Das Reichspostamt hat kürzlich einen Erlaß publiziert, der einmal die Ursache angebt, aber auch zugleich auf die Abstellung derselben hinwirken will. Derselbe lautet: „Den Postanstalten wird erneut zur Pflicht gemacht, mit Nachdruck darauf zu halten, daß die Unterbeamten mit den Paketen behutsam umgehen, dieselben insbesondere nicht werfen, gegeneinander stoßen oder zu Boden fallen lassen, sondern von Hand zu Hand geben und vorsichtig niederlegen. Im Eisenbahnpostbetriebe ist zur Abkürzung der Uebegabe in möglichstem Umfange von Packetkörben oder Packetfäden Gebrauch zu machen, damit auch bei kurzem Aufenthalt der Eisenbahnzüge genügende Zeit bleibt, um die Pakete ordnungsmäßig aus- und einladen zu können. Von den Vorstehern der Postanstalten und Bahnpostämtern wird erwartet, daß sie durch persönliche Einwirkung und dauernde Aufsicht für eine schonende Behandlung der Pakete sorgen.“ — Der Erlaß ist jedenfalls gut gemeint. Ob er durchführbar ist, das mag beurtheilen, wer einmal dem Aus- und Einladen der Postpakete in den kurzen Aufenthaltzeiten auf den Eisenbahnstationen zugehört hat.

Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeit. In Schöneberg bei Berlin verunglückte am 4. August der 28 Jahre alte Zimmerer B. aus Nordorf auf einem Neubau in der Mogstraße dadurch, daß er bei dem Balkenbau mit dem Schienstein unter einen Balken kam und infolgedessen vom Bau abstürzte, wobei er schwer verletzt wurde.

In Nürnberg wurde einem Zimmerer beim Abladen von Baumstämmen im Kanalhafen der rechte Unterschenkel abgeklagen.

Oberberg in Schlesien, 10. August. Ein Opfer seines Berufes ist gestern der Zimmermann Andreas Wojnar aus Galizien geworden. Der Bedauernswerte war bei der eben im Bau begriffenen Eisenbahn-Überbrücke beim Einschlagen der Piloten beschäftigt, als er einen Fehltritt that, in die stehenden Oberfluthen hinunterstürzte und augenblicklich wie ein hinabgeworfener Stein in den wirbelnden Wellen vor 50 an Ort und Stelle arbeitenden Menschen lautlos verschwand. Zu seiner Rettung wurde nichts unternommen. Zu rügen dabei ist die Sorglosigkeit des Bauunternehmers, der keine Vorsichtsmaßregeln gegen Lebensgefahr getroffen hat.

Bauaufseher aus dem Arbeiterstande in Nürnberg. Der dortige Magistrat hat in seiner letzten Sitzung, dem Antrage des Bauverwaltungsausschusses gemäß, beschlossen, sechs Bauaufseher aus dem Arbeiterstande probeweise anzustellen. Sollte sich der Versuch bewähren, so werden sie definitiv angestellt. Die Stellen sollen zur Bewerbung in den Tagesblättern ausgeschrieben werden. Berücksichtigt sollen von den Bewerbern in erster Linie Maurer, Steinhauer und Zimmerleute werden. Nach vierwöchentlicher Probezeit erfolgt feste Anstellung bei vierwöchentlicher Kündigung. Das Tagelohn wurde auf M. 6 festgesetzt. Eine Dienstanweisung soll nach Rücksprache mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgearbeitet werden. Die Bewerber sollen nicht jünger als 30, nicht älter als 40 Jahre sein. Die Anstellung erfolgt zum 1. Januar 1901, da im Etat für 1900 keine Mittel für diesen Zweck vorgesehen sind. Der Referent im Bauverwaltungsausschuß hatte die Anstellung für 1. Oktober beantragt. Die Kosten berechnen sich auf M. 11 160. Bei der Neuregelung der Gebühren für Baupolizeisachen soll die Frage der Kostenbedeckung entschieden werden.

Sozialpolitisches.

Der sozialdemokratische Parteitag ist von dem Parteivorstande nach Mainz einberufen, derselbe wird am 17. September, Morgens 9 Uhr, beginnen.

Eine Kaiserrede. Wolff's Bureau meldet aus Bremerhaven vom 4. August:

Gestern fand in der Lloydhalle die Vertheilung von Ehrenzeichen an je 15 Arbeiter des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie durch den Kaiser in Anwesenheit der Herren aus seiner Umgebung und des Direktoriums beider Gesellschaften statt. Hierbei hielt der Kaiser folgende Ansprache: „Ihr seid hier versammelt worden, um meinen kaiserlichen Dank zu empfangen für die Hingabe und Aufopferung, mit der Ihr an der Fertigstellung der Dampfer für meine Offiziere und Soldaten gearbeitet habt. Dank Eurem rastlosen Bemühen ist die prompte und pünktliche Abwendung der Transporte möglich geworden. Dadurch habt Ihr es einmal ermdmöglichst, daß unsere Truppen möglichst schnell auf den Kampfplatz kommen, zum Anderen habt Ihr unsere Leistungsfähigkeit auf diesem bisher von uns noch nicht betretenen Gebiete vor der ganzen Welt in's beste Licht gesetzt und dadurch nach beiden Richtungen hin unserem Vaterlande unschätzbare Dienste erwiesen. Die Auszeichnungen, die ich Euch dafür verleihe, sollen meine Anerkennung sein, aber auch zugleich der Ausdruck meiner Zufriedenheit, daß Ihr nicht dem schlechten Beispiele der durch vaterlandslose Agitatoren verführten Arbeiter in Hamburg gefolgt seid, sondern den Patriotismus des deutschen Arbeiters fletdenlos gewahrt und mader mitgearbeitet habt für die Schlagenfertigkeit unserer braven Armee.“

Erglos ist der, der im Moment der Gefahr sein Vaterland im Stich läßt. Erhältst Euch den guten deutschen Geist, den Ihr bewiesen habt, dann wird der Dank des deutschen Volkes und meine Anerkennung Euch nie fehlen!“

Wie bereits in Nr. 31 unseres Blattes dargelegt worden ist, handelt es sich in Hamburg garnicht um einen Streik, sondern um eine brutale Arbeiteraussperrung seitens der Werksbesitzer bezw. des hinlänglich bekannten, brutalen Arbeitgeberbundes.

Ueber die Dekorirten wird mitgetheilt: „Die für ihre treue Arbeit auf der „Atabia“ vom Kaiser Dekorirten 30 Mann sind nicht Arbeiter, sondern es sind die Wizen oder Untermeister, welche keinen Schweifstropfen für die große nationale Sache vergossen haben. Dagegen wurde einem Theil der Arbeiter, welche Tag und Nacht im Schweife ihres Angeichts an der Fertig-

stellung der Transportschiffe der S.-M.-L. gearbeitet, nachdem sie von Bremerhaven zurückgekehrt, sich zur Arbeit melden, eröffnet: daß bis auf Weiteres keine Arbeit für sie vorhanden sei.“

Welche Gefühle die Kaiserrede und die Dekoration in den Arbeitern erweckt hat, davon legt eine Resolution Zeugniß ab, die am 4. August von einer stark besuchten Generalversammlung der Holzarbeiter in Bremerhaven beschloffen wurde. Diese lautet: „Die Vorarbeiter der Tischler des Norddeutschen Lloyd, welche der deutsche Kaiser gestern Abend hier selbst in Gemeinschaft mit anderen Vorarbeitern gleichsam als die Vertreter der an der Fertigstellung der Truppentransportschiffe für die ostasiatische Expedition beschäftigten Arbeiter bekorirt, und denen er seine Zufriedenheit ausgesprochen hat, daß sie „nicht dem schlechten Beispiel der durch vaterlandslose Agitatoren verführten Arbeiter Hamburgs gefolgt seien“, sondern durch die prompte und pünktliche Fertigstellung der Schiffe „den Patriotismus der deutschen Arbeiter fletdenlos gewahrt“ hätten — diese Vorarbeiter gehören weder dem Deutschen Holzarbeiterverbande noch einer anderen gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation an, und sind noch niemals in irgend einer Sache von den organisirten Tischlern des Norddeutschen Lloyd oder den organisirten Holzarbeitern der Unterweserorte Bremerhaven, Geestemünde und Lesse als ihre Vertreter betrachtet worden. Die organisirten Holzarbeiter in den Unterweserorten sehen daher die Dekoration und Belobigung dieser Vorarbeiter lebighch als eine persönliche Angelegenheit derselben an und verwahren sich entschieden dagegen, mit den Dekorirten identifizirt zu werden. Die Generalversammlung versichert die ausgesperrten Werftarbeiter Hamburgs ihrer vollsten Sympathie und ist überzeugt, daß die organisirten Holzarbeiter der Unterweserorte in die gleiche Situation gedrängt, der Fertigstellung der Truppentransportschiffe des Norddeutschen Lloyd gegenüber genau denselben Standpunkt eingenommen haben würden, auf den sich die Werftarbeiter Hamburgs bei der Fertigstellung der Transportschiffe der Hamburg-Amerika-Linie gestellt haben.“

Die Kaiserrede hat aber selbst in bürgerlichen Kreisen den Widerspruch herausgefordert.

Die „Bosische Zeitung“ schreibt: „Erst vorgestern haben wir die Hamburger Arbeiterbewegung einer sachlichen Kritik unterzogen. Wir haben festgestellt, daß die Mieter in den Ausstand eintraten, bevor die schrecklichen Vorgänge in China sich ereignet hatten, und daß dann nach und nach 3000 Arbeiter ausgesperrt wurden, um die Ausständigen zur Wiederaufnahme der Arbeiten unter den alten Bedingungen zu zwingen. Gewiß haben die Hamburger Zustände der Ausriistung unserer Transportschiffe große Schwierigkeiten bereitet, allein diese Schwierigkeiten haben die Hamburger Arbeiter nicht allein zu verantworten. Ueber die gewerblichen Vorgänge in Hamburg scheint der Kaiser nicht gut unterrichtet worden zu sein.“

Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt: Die Anklage der Vaterlandslosigkeit, schon in normalen Zeiten der schmerste Vorwurf, ruft in kriegerischen Weltkämpfen begreiflicher Weise eine womöglich noch gereiztere Erbitterung bei den Betroffenen herbor. Worauf stützt sich nun die Anklage? Wir haben vor einer Woche die Hamburger Arbeitsstreitigkeiten besprochen. Es wurde dargelegt, daß, wenn die Arbeiter unpatriotisch gehandelt haben, indem sie die durch den Kriegstransport gesteigerte Konjunktur zu einer Lohnbewegung ausnützen wollten, doch die Arbeitgeber zehnfach schuldiger, die daraufhin die zehnfache Zahl der ursprünglich Streikenden aussperrten und folglich die Gefährdung der rechtzeitigen Truppenabreise zehnfach vermehrten. Soll das Stigma der Vaterlandslosigkeit und Ehrlosigkeit die Führer der Arbeiter treffen, weil sie in einem ungeeigneten Zeitpunkt auf die Gebung der Arbeiterlage hinwirken wollten, so müssen erst recht auch jene Unternehmerkreise in Acht und Bann gethan werden, die um einer geringfügigen Lohnfrage willen „im Moment der Gefahr“ ihr gern gerühmtes nationales Empfinden preisgaben. Wir glauben, daß auf keiner von beiden Seiten das Bewußtsein bestanden hat, man treibe ein rücksichtsloses Spiel mit dem Wohl und Wehe der Gesamtheit. Um so weniger sollten einseitige Beschuldigungen erhoben werden, noch dazu von so herborragender Stelle.“

Auch das „Berliner Tageblatt“ giebt seinen Lesern zu Liebe für einen Augenblick das Betretreten mit dem bei Hofe so beliebten „kleinen Journal“ auf. Es sagt:

„Allem Anschein nach muß der Kaiser über die Verhältnisse auf den Hamburger Werften durch die dafür zuständigen Stellen unrichtig informiert worden sein. Denn, wie unsere Leser wissen, handelt es sich dort nicht um einen Ausstand, sondern um eine Aussperrung von Tausenden von Arbeitern durch die Arbeitgeber wegen des Streikes einiger Hundert Mieter, der längst ausgebrochen war, ehe man an Truppentransporte nach China dachte. Jedenfalls steht das fest, daß zur Verschärfung der Gegenläge in Hamburg nicht die Arbeiter, sondern die Arbeitgeber beigetragen haben. Diejenigen, die den Kaiser in den Glauben verlegt haben, Arbeiter hätten in diesem Falle das Vaterland im Moment der Gefahr im Stiche gelassen, verdienen den schärfsten Tadel. Der Kaiser würde sicherlich nicht von „vaterlandslosen Agitatoren“ gesprochen haben, wenn er den wahren Sachverhalt gekannt hätte.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt zu diesen Auslassungen: „Wir für unseren Theil glauben nicht, daß der Kaiser über die Hamburger Vorgänge falsch informiert ist. Es entspricht ganz seinen oft geäußerten Anschauungen, wenn er in jeder Aufsehung der Arbeiter gegen den Willen der Unternehmer eine Revolte erblickt und jede gewerkschaftliche Organisation als einen staatsgefährlichen Bund eheloser Vaterlandsverräther ansieht. Bescheidene Unterwerfung unter die Lasten ihres Standes ist ihm die einzig richtige politische Haltung der Arbeiterklasse.“

Englische und deutsche Sozialpolitik. Auf dem Pariser Arbeiterschutzkongreß wurde jüngst wieder von kapitalistischen Rednern das Lob der deutschen Reichs- und Sozialreform gesungen. Und in der deutschen Regierungspresse ist es eine ständige Nebenart, daß Deutschland das Musterland der Sozialreform sei, und England, das selbststüchtige, mancherliche England sich mit uns nicht vergleichen könne. Nun, wir haben schon zu wiederholten Malen dieses pharisäerhafte Selbstlob geüßelt und den Nachweis erbracht, daß die englische Arbeitergesetzgebung im Ganzen thurmhoch über der deutschen steht. Doch jetzt wollen wir nur einige Beispiele aus der Praxis anführen, die einen Vergleich englischer und deutscher Sozialpolitik ermöglichen. Zunächst ein Beispiel aus der Vergangenheit, das aber in frischem Gedächtniß ist. Es handelt sich um den Ausstand, richtiger die Aussperrung der Hamburger Werftarbeiter

vor drei Jahren. Kaum war die Nachricht nach Berlin gekommen, so stellte sich Herr v. Bötticher, damals Minister der Sozialreform, rücksichtslos auf Seiten der Arbeiter und warf in seiner bekanntem Reichstagsrede das Gewicht der Reichsregierung in die Waagschale der „Starken“, der Kapitalisten, gegen die „Schwachen“ — die Arbeiter! Die Arbeiter gaben nun natürlich nicht nach, und die Arbeiter wurden, nach unglücklichen Leiden, durch den Hunger zur Kapitulation gezwungen. Gleichzeitig drohte in England ein großer Eisenbahnerstreik. Eine der mächtigsten Eisenbahngesellschaften wollte „ihre“ Beamten durch Aussperrung aus der Gewerkschaft herauserrörsiren. Kam es nicht in Bälde zu einem Vergleich, so wurde der Verkehr schwer geschädigt. Das bestimmte die Regierung zum Einschreiten. Sie erklärte der Eisenbahngesellschaft, die Eisenbahnbeamten hätten das Recht der Koalition und bot ihre Vermittlung an. Diese ward angenommen und das Koalitionsrecht der Beamten wurde anerkannt, ein Streik vermieden.

Wo war damals die bessere Sozialpolitik und Sozialreform? „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, heißt's in der Bibel. Heute wiederholt sich jene Parallele in fast allen Einzelheiten. Wieder werden die Hamburger Werftarbeiter von den Arbeitern ausgesperrt — wieder wird — freilich nicht durch den Mund des Ministers für Sozialpolitik, aber durch die gesammte Regierungspresse — das Gewicht der Reichsregierung gegen die Arbeiter in die Waagschale geworfen, ja ihnen der Vorwurf des Landesverraths gemacht.

Und wieder hat gleichzeitig in England ein großer Eisenbahnerstreik gebroht. Und wieder hat die englische Regierung die Vermittlung übernommen, die Eisenbahngesellschaft zur Kelpetirung des Koalitionsrechts der Beamten und Arbeiter genöthigt und dem Streik vorgebeugt.

Wo ist heute die bessere Sozialpolitik und Sozialreform? Im gelobten Mutterland der Sozialreform Deutschland? Oder in dem hartherzigen, mancherlichen England?

Gewerkschaftliche Rundschau.

Arbeitslosenstatistik der Tabakarbeiter. Der deutsche Tabakarbeiterverband veranstaltete eine Arbeitslosenstatistik, die die Zeit vom 1. Oktober 1898 bis 30. September 1899 umfaßt. An der auf vier Quartale vertheilten Erhebung theilnahmen sich im Durchschnitt 11 923 Mitglieder = 67 pZt. der gesammten Mitglieder. Ihre Arbeitslosigkeit betrug 104,330 Tage; davon kommen auf

Arbeitsmangel.....	32 349 Tage
Krankheit.....	60 689 "
Streik.....	6 688 "
Wahregelung.....	2 758 "
Persönliche Differenzen.....	2 296 "

Zusammen 104 330 Tage

Es kommen sonach im Durchschnitt auf jeden Beteiligten 8 1/2 Tage, davon wegen

Arbeitsmangel.....	2,71 Tage
Krankheit.....	5,08 "
Streik.....	0,56 "
Wahregelung.....	0,23 "
Persönliche Differenzen.....	0,19 "

Die mit der Erhebung betraute Kommission berechnet nun, daß bei Einführung einer Arbeitslosenunterstützung für die 19000 Mitglieder des Verbandes nach obigem Verhältniß 51 527 Arbeitslosigkeitstage wegen Arbeitsmangels in Frage kämen, deren Unterstüzung ohne jeden Abzug mit M. 1 pro Tag dem Verbande im Erhebungsjahr 5,3 M pro Woche gekostet hätte. Dabei wurden jedoch im gleichen Zeitraum für Arbeitslosigkeit auf Reise M. 25 895 bezahlt. Bei deren Abzug und bei Begrenzung der Arbeitslosenunterstüzung auf die Dauer vom 8. bis 48. Arbeitslosigkeitstag verbleibt eine Ausgabe von 77 M pro Jahr oder 1,42 M pro Woche. Die Erhebung soll noch ein weiteres Halbjahr zwecks Erlangung eines zuverlässigen Kontrollmaterials fortgesetzt werden; sie dürfte angehtich der Verlegung zahlreicher Zigarettenfabriken nach anderen Produktionsgebieten mit billigeren Arbeitskräften wesentlich höhere Arbeitslosigkeitssiffern ergeben, schwerlich aber solche, die die Einführung der Arbeitslosenunterstüzung als Unmöglichkeit erscheinen ließen.

In Stuttgart beschloß eine gemeinsame Versammlung der Vereinigten Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, das Arbeitersekretariat dem Vorstande der Vereinigten Gewerkschaften zu unterstellen. Bisher unterstand selbiges einer sehr komplizirten Korporation.

Im Gewerkschaftskartell in Mannheim machte der Vorsitzende Trautwein die Mittheilung, daß er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Gewerkschaftskartells mit dem Kassirer des Medizinalverbandes, Genossen Kramer, einer Ladung des Amtmanns Schäfer gefolgt sei. Dort sei ihm die Eröffnung gemacht worden, daß nach dem befristigten Verlaufe der Festlichkeiten beider Korporationen diesen nunmehr die alljährliche Abhaltung ihrer Feste keinen polizeilichen Beanstandungen mehr begegne. — Wenn doch die Beamten Arbeiterfestlichkeiten überall so vorurtheilsfrei gegenüberständen!

Städtischer bezw. paritätischer Arbeitsnachweis in Köln. Der kürzlich erschienene Geschäftsbericht der Allgemeinen Arbeitsnachweisanstalt Köln theilt mit, daß in dem verfloffenen Geschäftsjahr bei der Anstalt 58 193 Gesuche eingingen, und zwar 40 355 männlicher und 17 838 weiblicher Art. In der männlichen Abtheilung erhielten 15 536 Personen meist dauernde Beschäftigung; dadurch wurden 94,33 Prozent Gesuche der Arbeitgeber und 66,12 Prozent der Arbeiter befriedigt. In der weiblichen Abtheilung herrschte fast das umgekehrte Verhältniß: hier wurden befriedigt 57,19 Prozent Gesuche der Arbeitgeber und 96,50 Prozent der Arbeiterinnen. Das ist fast ausschließlich auf den Dienstmädchenmangel zurückzuführen. Mädchen für alle Arbeit wurden verlangt 5508, es meldeten sich nur 1996; Zweit- und Drittmädchen wurden verlangt 379, es meldeten sich 188; Köchinnen und Küchenmädchen gesucht 1006, gemeldet 512. In der männlichen Abtheilung überstiegen die angebotenen Stellen nur bei den Tagelöhnern unter 16 Jahren; bei den Lehrlingen und bei dem ungelerneten Personal für Restaurants. In der Metallbranche übermogen die Gesuche der Arbeiter in allen Gattungen die offenen Stellen um mehr als 50 Prozent.

Die Kölner Arbeitsnachweisanstalt dürfte von allen solchen Einrichtungen die am besten organisirte sein. Die Vermittlung ist für beide Theile unentgeltlich. Die Kosten trägt die Stadt

Abn; jedoch ist das System der Selbstverwaltung vollständig durchgeführt. Der geschäftsleitende Verband besteht aus elf Vertretern der Arbeitgebervereine und aus elf Vertretern der Arbeitnehmervereine; die Kartellkommission der Abnehmer-Gewerkschaften hat vier Vertreter. Die Vertreter werden von den Vereinen auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Für die innerhalb der Arbeitszeit abgehaltenen Verwaltungssammlungen werden die Vertreter auf ihren Antrag entschädigt. Die Verbandsvereine sind berechtigt, durch die von ihnen zur Versammlung delegierten Vertreter „zu jeder Zeit von der Art des Betriebes persönliche Einsicht zu nehmen und den Inhalt der Bücher einer Durchsicht unterziehen zu lassen“. Die wichtigste Bestimmung aber ist der letzte Paragraph der Satzungen. Er lautet: „Bei Arbeitseinstellungen und Aussperrungen stellt die Arbeitsnachweisanstalt ihre Tätigkeit für das beteiligte Geschäft oder den beteiligten Arbeitszweig ein.“

Ein Arbeitsverhältnis, das an das Vordellunwesen erinnert. Aus Ulm wird berichtet: Der Schreiner S. wurde vom Amtsgericht hier zu 3 Wochen Gefängnis wegen „Betrugs“ verurteilt. Der Tatbestand ist folgender: S. stand seit etwa einem Jahre in einer hiesigen Möbelfabrik in Arbeit und hatte, wie dies leider in den meisten Fällen vorkommt, bei seinen Afforden mehrmals ein Defizit. Als er nun wieder einen Afford übernahm, sah er, daß er auch diesmal jedenfalls wieder ein Defizit machen würde; er ist nun, und nicht noch weiter hineinzugerathen, abgereist. Der Fabrikant verklagte ihn deshalb, obwohl er nichts weiter als seinen Tagelohn erhalten hatte. Der Arbeiter wurde infolge dessen wegen Betrugs zu obiger Strafe verurteilt. Wie verlautet, sollen fast alle in der Fabrik beschäftigten Arbeiter durch ein Defizit an die Fabrik gefesselt sein.

Wie der Papst auf Lohnforderungen antwortet. Im Vatikan sind die Kardinalen mit ihren Löhnen wohl zufrieden, dagegen bildet die schlecht bezahlte Schweizergarde das unruhige Element. Diese undankbaren Schweizer wollen das Glück nicht einsehen und würdigen, dem Papst dienen zu dürfen, und verlangen für ihre Dienste einen Lohn. Sie verlangen sogar so viel, um davon leben zu können. Vor längerer Zeit schon berichteten wir, daß sie dem Vatikan ihre Lohnforderungen bekanntgegeben haben. Nun hat der Vatikan bereits geantwortet: der Schweizer, der die Lohnforderungen überreicht hatte — er that es so nur in einer unterthänigen Bittion um Soldeerhöhung — wurde sofort als „Rädelstücker“ entlassen. Andere erhielten schwere Arreststrafen. Ueberdies wird den Schweizern mit der Heranziehung von Streikbrechern gedroht. Es verlautet nämlich, daß der Papst, wenn die Unzufriedenheit andauert, das ganze Schweizerkorps aufheben und an dessen Stelle eine aus Bürgern seines Heimathsortes gebildete Wache setzen werde. Man sieht, man versteht im Vatikan schneidig vorzugehen. Unter dem Regime des „Arbeiterpapstes“ weiß man eben, wie man Arbeiter zu behandeln hat.

Fünfzigjähriges Jubiläum eines Arbeitervereins. Einer der ältesten deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, der Allgemeine Arbeiter-Bildungsverein in Winterthur, feierte am vorletzten Sonntag sein fünfzigjähriges Jubiläum. In der aus diesem Anlaß vom Verein herausgegebenen Festschrift, die als ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung bezeichnet werden darf, wird die Vorgeschichte, die Gründung und Entwicklung des Vereins erzählt. Darnach bestand bereits 1835 in dem damals nur 4500 Einwohner zählenden Landstädtchen ein Unterfützungsverein der deutschen Handwerksgefallen, der aber aufgelöst und dessen Vorstandsmitglieder ausgewiesen wurden. Später entstand ein Sängerverein der deutschen Handwerksgefallen und aus diesem der deutsche Arbeiterverein „Harmonie“, der im Frühjahr 1850 wiederum behördlich, und zwar vom Bundesrath in Bern, aufgelöst wurde; seine circa 40 Mitglieder wurden ausgewiesen. Mit ihnen theilten die circa 600 Mitglieder 14 anderer aufgelöster Vereine das gleiche Schicksal. Unter den damals Verhafteten und Ausgewiesenen befand sich auch unser Genosse Liebnecht. Unentnützlich durch dieses Vorgehen, gründeten wenige Monate später die deutschen Handwerksgefallen in Winterthur unter dem Namen „Lebe- und Gesangverein“ eine neue Organisation, aus der sich der jetzige Allgemeine Arbeiter-Bildungsverein entwickelte. Der Verein ist noch heute stolz darauf, daß Ende der fünfziger Jahre der Genosse Jakob Andorf, der Dichter der deutschen Arbeitermarzschalle, sein Präsident war und die Festschrift enthält ein schönes Gedicht von ihm als Prolog; außerdem zollt sie ihm ehrende Anerkennung.

Ueber die Gewerkschaften in Spanien berichtet Heinrich Cunow in der „Neuen Zeit“: Die spanischen Gewerkschaften sind im Anschluß an die politisch-sozialistische Arbeiterbewegung entstanden und haben sämtlich einen ausgesprochen politischen Charakter. Außerlich tritt das schon dadurch hervor, daß der Präsident und der erste Schriftführer des Nationalcomitès der sozialistischen Arbeiterpartei zugleich auch Leiter der Generalvereinigung der spanischen Arbeiterverbände (Union general de Trabajadores de España) sind. Außerdem heißt es in den Statuten dieser Vereinigung: „Nothwendig ist, daß die Sectionen der Generalunion der Arbeiter bei den Wahlen offiziell den Kandidaten der sozialistischen Arbeiterpartei ihre Unterstützung leihen.“ Aus den besonderen spanischen Verhältnissen heraus ist diese enge Verbindung zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung leicht zu begreifen. Als die sozialistische Partei ihre Agitation begann, fand sie durchweg nur reine Gefälligkeits- resp. Vergnügungsvereine der Arbeiter vor oder mehr oder minder zünftlerisch gestimmte, unter dem Einfluß der Geistlichkeit stehende Gesellenverbände. In diese einzubringen und sie zu modernen Kampforganisationen auszugestalten, war unmöglich, und so blieb keine andere Wahl, als den bestehenden Vereinen sozialistische Verbände entgegenzustellen. Anfangs schritt die Gewerkschaftsbewegung sehr langsam vorwärts, und als vor zwei Jahren der Krieg Spaniens mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausbrach, lösten sich infolge der anhaltenden Arbeitslosigkeit diese der lokalen Vereine wieder auf. Seit etwa einem Jahr, besonders aber seit Abhaltung des Kongresses im September v. J., nimmt die Bewegung jedoch wieder einen Aufschwung. Wie das offizielle Organ der Union general de Trabajadores, die Union Obrera (Arbeitervereinigung) in ihrer letzten Nummer mittheilt, beträgt zur Zeit die Mitgliederzahl sämtlicher Verbände, die sich der Union angeschlossen haben, 14 737. Die wenigen kleinen sozialistischen Fachvereinen, die

außerhalb der Generalunion stehen, kommen kaum in Betracht. Am bedeutendsten ist die Gewerkschaftsbewegung in Madrid. Von den ungefähr 14 700 Mitgliedern der Union entfallen auf diese Stadt allein über 10 300. An der Spitze steht der Verband der Maurer mit 2328 Mitgliedern, dann folgen der Reihe nach die Bäcker (1842), die Tischler (1844), Eisenarbeiter (1997), Buchdrucker und Schriftsetzer (660), Schuhmacher (584). Nach Madrid kommen zunächst Gijon, Bilbao, Oviedo und Mataro. Auch hier stellen die Maurer (mit Einschluß der Stuckateure, Putzer etc.), Tischler, Eisenarbeiter, Bäcker, Steinarbeiter, Formier, Buchdrucker die größte Mitgliederzahl. Auffallend gering ist die Beteiligung an der Gewerkschaftsbewegung in Barcelona und Valencia. Ueber die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Verbände fehlen nähere Angaben. Das leitende Comité der Union in Madrid verbrauchte im vorigen Jahre für Gehälter, Druck von Statuten, Porto, Lokalmiethe, Schreibutensilien 2278 Pesos (1 Peso = 80 A.); als Zuschuß zu den von einzelnen Mitgliedschaften geführten Streiks wurden 1057 Pesos bewilligt.

Aus der russischen Arbeiterbewegung. Dem Kampf der russischen Arbeiter, die unter weit schwierigeren Umständen als die Arbeiter irgend eines anderen Landes den Doppelkampf gegen Absolutismus und Kapitalismus führen, sind ihre deutschen Klassenangehörigen von jeher mit ganz besonderer Aufmerksamkeit gefolgt. Im Allgemeinen sind die Nachrichten, die uns von der russischen Arbeiterbewegung zugegangen, spärlich und unzusammenhängend — dank den eigentümlichen Bedingungen, unter denen diese Bewegung sich entwickeln muß. Um so größeres Interesse wird einer Veröffentlichung entgegen gebracht werden*, die vor kurzer Zeit in russischer Sprache erschien, und in der in zusammenhängender Weise ein Bild von der Entwicklung der Arbeiterbewegung in einem Centrum der russischen Industrie entrollt wird. Es handelt sich um das sibirische Gouvernement Zekaterinoslaw, besonders um die Hauptstadt gleichen Namens. Was uns von dem Werden und Wesen der dortigen Arbeiterbewegung erzählt wird, dürfte typisch für die Entwicklung der Bewegung auch in anderen russischen Industriezentren sein und verdient deshalb erhöhtes Interesse.

Greifen wir einige besonders bemerkenswerthe Angaben heraus. Man kann die Distrikte, von denen hier die Rede ist, in gewissem Sinne unserem rheinisch-westfälischen Industriegebiet vergleichen. Die Zahl der Erzgruben, Schächte und Fabriken hat sich in den letzten Jahren ungeheuer vermehrt; um diese gewerblichen Anlagen herum bilden sich Städte, deren Einwohnerzahl mit einer früher nie gekannten, fast an amerikanische Verhältnisse erinnernden Schnelligkeit wächst. Aus allen Gegenden Rußlands, besonders aus den zentralen Gouvernements, strömen hier Arbeitermassen zusammen, deren Hauptkontingent von völlig verarmten, der ständigen Hungernoth ihrer Heimathsdörfer entflohenen Bauern und Bauersöhnen gestellt wird. So sind in Zekaterinoslaw und seiner nächsten Umgegend allein etwa 25 000 Arbeiter beschäftigt. Wir finden hier zwei große Eisenhütten, von denen die eine 8000, die andere 2000 Mann beschäftigt, eine Möbelfabrik mit 1500 Arbeitern, eine Fabrik mechanischer Instrumente mit 1000 Arbeitern, daneben eine Waggonfabrik, mehrere Eisenbahnerstätten usw.

Der Druck, unter dem diese Arbeitermassen zu leiden hatten, war lange Zeit ein ganz ungeheurer. Die alte Erfahrung, daß der Kapitalismus niemals brutaler unter seinen Opfern wüthet als in seiner Jugendzeit, in der noch keine Gewerkschaftsbewegung, kein durchgreifender Arbeiterschutz seinen Ausbeutungsgeflüsten auch nur die geringsten Schranken auferlegt, diese alte Erfahrung wiederholte sich auch hier durch schamlose Betrügereien bei der Lohnabrechnung, durch gauerische Vermischung von Stücklohn und Tagelohn und ähnliche Machinationen, deren sich die ungebildeten, rechtlich schutzlosen Arbeiter nicht zu erwehren wußten. Der Lohn der an sich schon unsäglich gering bezahlten Arbeiter wurde immer mehr gedrückt, während die Millionenprofite der Aktiengesellschaften von Jahr zu Jahr anschwellen.

Und die Arbeiter? Auch hier die gleiche Erscheinung, die man in allen westeuropäischen Ländern beobachten konnte: die Erbitterung macht sich zunächst nicht in organisiertem Kampfe Luft, sondern in gelegentlichen wilden Ausbrüchen der Verzweiflung, deren ständige Begleitererscheinungen Zerstörungen der Fabriken und Maschinen, Brandstiftungen und Niedermeglung von Fabrikanten und Betriebsleitern sind, in deren Person die unwissenden Massen die Quelle alles ihres Unglücks erblicken. Das wird anders, sobald die moderne Arbeiterbewegung in diesem Distrikte festen Fuß zu fassen beginnt und den Arbeiter lehrt, daß er nicht einen Kampf gegen Sachen und Personen, sondern gegen ein System zu führen habe, nicht gegen den Ausbeuter als Menschen, sondern gegen die Ausbeutung.

In Zekaterinoslaw sehen die Anfänge einer Arbeiterbewegung im modernen Sinne etwa im Jahre 1895 ein. Diese ersten Organisationsversuche gehen nicht von den Arbeitern selbst, sondern von „Akademikern“ aus — in Rußland betheiligte sich bekanntlich die sogenannte „Intelligenz“ in weit höherem Grade an der revolutionären Bewegung als in irgend einem westeuropäischen Lande. Es wurden kleine Propagandazirkel gegründet und Kassen für etwaige Kämpfe mit dem Unternehmertum wurden in's Leben gerufen. Aber die mangelnde Erfahrung der in Betracht kommenden Personen im Geheimkampf führte bald zur Entdeckung der Zirkel und Kassen durch die Behörden. Schon im August 1895 wurden viele Akademiker und Arbeiter verhaftet, und über ein Jahr lang hörte man nichts von neuen Organisationsversuchen. Aber der Same war ausgestreut — das Wachsen der Frucht nicht mehr dauernd zu verhindern. Der Mai 1897 brachte den ersten wohlorganisirten und erfolgreichen Kampf der Arbeiter der Eisenbahnerstätten. Die die Bezahlung der sog. „Kronfeiertage“ (Gebächnistage der Zarentronung) forderten. Wie das auch bei uns zu Lande der Brauch ist, lieben es die russischen Unternehmer, daß die Arbeiter an dynastischen Festtagen feiern, wie bei uns hört aber auch in Rußland der Unternehmertumspatriotismus beim Geldbeutel auf — erzwungen wie hüben sucht man dem Arbeiter die Bezahlung der erzwungenen Feiertage vorzuhalten. Gleich erfolgreiche Streiks hatte man um dieselbe Zeit in verschiedenen Möbren- und Maschinenfabriken von Zekaterinoslaw. Im Sommer 1897 begann die Bewegung von den Fabrikarbeitern sich auf die Arbeiter des Kleingewerbes, die Handwerksgefallen, auszudehnen. Gründung von Streikkassen und mehrere kleine Ausstände legen Zeugniß davon ab. Alle diese bald in diesem, bald in jenem

* Die Arbeiterbewegung in Zekaterinoslaw. Mit einem Anhang: „Aufruf an die russischen Arbeiter“. 1900.

Beruf bemerkbaren Bewegungen wurden organisiert und geleitet von zwei geheimen Propagandazirkeln, einem „Intelligenz“ und einem Arbeiterzirkel, von denen der letztere im Wesentlichen unter den Handwerksgefallen, der erstere unter den Fabrikproletariern arbeitete. Beide Zirkel vereinigten sich im Dezember 1897 zu gemeinsamer, umfassender Arbeit unter dem Namen „Zekaterinoslawischer Verband zur Befreiung der arbeitenden Klasse“.

Die Thätigkeit des „Verbandes“ war außerordentlich mannigfaltig. Unter gewaltigen Schwierigkeiten — die ganze Arbeit mußte natürlich absolut geheim geleistet werden — wurde zunächst eine Statistik über die in den Fabriken von Zekaterinoslaw herrschenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufgenommen. Als Frucht dieser Statistik gab der „Verband“ dann noch im Winter 1897/98 sieben verschiedene Flugblätter heraus, in denen die Mißstände in sieben der hauptsächlichsten Fabriken eingehend beleuchtet und die speziellen Forderungen der Arbeiter jeder dieser Fabriken dargelegt wurden. Diese Forderungen erstreckten sich im Wesentlichen auf Verbesserung der sanitären Zustände, Unfallverhütung, Verkürzung der Arbeitszeit an den den Somm- und Feiertagen vorhergehenden Tagen, Lohnverhöhung, prompte Lohnauszahlung, bessere Behandlung und dergleichen. Diese Flugblätter fanden unter der Arbeiterschaft außerordentlichen Anklang und hatten zur Folge, daß in einigen Fabriken verschiedene der ärgsten Mißstände beseitigt wurden, ohne daß die Unternehmer es auf einen Konflikt ankommen ließen. Der März 1898 brachte wie in ganz Rußland so auch in Zekaterinoslaw den Arbeitern neue Verfolgungen. Am 1. März fanden Massenhausdurchsuchungen statt und 15 der thätigsten Genossen wurden verhaftet. Trotz dieses schweren Schlages setzte der Verband seine Thätigkeit fort, und am 1. Mai 1898 konnte in Zekaterinoslaw zum ersten Mal eine Maifestzeitung herausgegeben werden, in der den Arbeitern die Bedeutung des Weltfeiertags vor Augen geführt wurde.

Das ganze Jahr 1898 war durch eine Menge kleinerer und größerer Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern ausgefüllt, die für die Arbeiter theils günstig, theils ungünstig verliefen. Wir können an dieser Stelle auf die theilweise sehr interessanten Einzelheiten dieser Kämpfe nicht näher eingehen. Wäher war die Thätigkeit des „Verbandes“ eine fast ausschließlich ökonomische, nur gewerkschaftliche gewesen — nur mit ganz naheliegenden Forderungen, deren unmittelbare Bedeutung auch dem ungeschultesten Arbeiter in die Augen springen mußte, hatte man an eine so tief stehende Arbeiterschaft, wie die von Zekaterinoslaw, herantommen können. Mit dem Beginn des Jahres 1899 erweiterte sich das Kampffeld, dem rein gewerkschaftlichen Kampf trat der politische Kampf, trat die sozialistische Propaganda zur Seite. Und wie gewöhnlich waren es auch hier die Behörden, der Staat selbst, der den Arbeitern die innige Zusammengehörigkeit zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bethätigung geradezu einbläute. Indem er sich in allen Konflikten rückhaltlos auf die Seite des Unternehmertums stellte und für die kämpfenden Arbeiter nichts übrig hatte als die Brutalitäten von Polizei und Genbarmerie, als Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Einkerkelungen; indem er sich so als Klassenstaat der schlimmsten Art praktisch zeigte, drängte er die Arbeiter mit Gewalt auch zur politischen Bethätigung. Im Januar 1899 verbreitete der „Verband“ unter den Arbeitern von Zekaterinoslaw 2000 Exemplare eines Flugblattes, in dem er seinen Anschluß an die russische sozialdemokratische Arbeiterpartei proklamirte und die Grundanschauungen und Ziele der Partei in feurigen Worten darlegte. Seit dieser Zeit sind sämtliche Veröffentlichungen des „Verbandes“ unterzeichnet: „Zekaterinoslaw'sches Comité der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, und der Charakter der Bewegung wird durchaus sozialdemokratisch.

Reges geistiges Leben herrscht seit zwei Jahren unter der Arbeiterschaft von Zekaterinoslaw; überall, in den Fabriken, wie unter den Handwerksgefallen, entstehen geheime Zirkel, die sich neben den Zielen des ökonomischen Kampfes die politische Aufklärung ihrer Mitglieder, die Anschaffung von Bibliotheken, die selbstverständlich fast ausschließlich aus verbotenen Büchern bestehen, die Sammlung von Geldern zur Unterstützung der Familien Inhaftirter und zur allgemeinen Propaganda zur Aufgabe gemacht haben. Das Erscheinen einer neuen „ungefährlichen“ Schrift wird von den Fabrikarbeitern geradezu als ein Ereigniß betrachtet, die verbotenen Bücher finden massenhaften Absatz und werden sämtlich verschlungen. Wer denkt bei alledem nicht an den Kampf der deutschen Arbeiter zur Zeit des Ausnahmegesetzes?

Die Seele der ganzen Bewegung in Zekaterinoslaw und Umgegend aber bleibt das „Comité“. Dies ist es, das die Anschaffung und den Vertrieb der Schriften regelt, die Flugblätter herausgibt, die Gelder verwaltet und im Geheimen alle Streiks organisiert und leitet. In neuester Zeit giebt das Comité sogar eine regelmäßig erscheinende, natürlich in einer geheimen Druckerei hergestellte Zeitung heraus, die den Titel führt: „Der Südarbeiter“, ein Blatt, das durchaus sozialdemokratisch redigirt ist und die Interessen der Arbeiter im südlichen Rußland vertritt. Von diesem neuen Unternehmen erwarten die Genossen eine mächtige Förderung der Bewegung nicht nur in Zekaterinoslaw, sondern in ganz Südrußland.

Es geht vorwärts, trotz alledem — auch in Rußland!

Polizeiliches und Gerichtliches.

Wie es manchmal in Oberschlesien zugeht, darüber wird uns unterm 5. August aus Kattowitz geschrieben: Vor der Deutlicher Strafkammer erschien gestern der Amtsbergmann Wilhelm Kiolbassa aus Domb, früher Polizeivergeant in Kattowitz, um sich wegen Mißhandlung zu verantworten. Der Verhandlung entzogen wir Folgendes: Am 19. März d. J. kam der Zimmergeselle Willisch hier im betrunkenen Zustande nach Hause. Seine Frau lag krank darnieder. Als sie ein Tischstück verschleifen wollte, entspann sich ein Streit zwischen ihnen und im Verlaufe desselben warf der Gemann das Tischstück nach der Frau. Da Willisch lärmte, schickte die Ehefrau ihre Mutter zu dem Hauswirth, damit dieser ihren Mann zur Ruhe bringe. Der Wirth wollte sich jedoch nicht hineinmischen und so lief die Mutter zur Polizeiwache. Da sich der Beamte indeß nicht von der Wache entfernen konnte, schickte er sie zu dem Posten 4 auf der Friedrichstraße, den Kiolbassa inne hatte. Kiolbassa begab sich in die Wohnung des Willisch und erklärte denselben als Arrestanten. Willisch wollte sich nicht verhaften lassen und wies dem Beamten die Thür. Der Angeklagte soll hierauf nach der Angabe des Willisch diesen die Treppe hinuntergestoßen

und ihn barfuß, in Unterhosen und im Hemde auf die Wache gebracht haben. Willsch behauptete auch, in der Wachtstube drei Ohrfeigen erhalten zu haben, was auch zwei Zeugen bekräftigten. Nach den Aussagen des Polizeiergeanten Kruppa, sei die Schwiegermutter des Willsch auf die Wache gekommen und habe angegeben, daß W. seine kranke Ehefrau sehr mißhandelt und den Arzt nicht kommen lassen wolle. Willsch habe sich in der Wache so renitent benommen, daß er hätte geschlossen werden müssen. Der Staatsanwalt beantragte, den Angeklagten wegen dreier Straftaten, und zwar wegen unrechtmäßiger Festnahme des W. in der Wohnung, wegen Körperverletzung und wegen Mißhandlung in der Wache zu 9 Monaten Gefängnis zu verurtheilen; der Gerichtshof erkannte auf 4 Monate Gefängnis. In Bezug auf die Anklage wegen unrechtmäßiger Festnahme erfolgte die Freisprechung.

Ueber 100 Jahre Gefängnis und Haft. Auf weit über 100 Jahre Gefängnis und Haft belaufen sich die Freiheitsstrafen, die infolge des Ausstandes der Berliner Straßenbahn-Angelegenheiten verhängt wurden. Erst neuerdings wurden wieder vier Kutscher zu insgesamt neun Monaten Gefängnis verurtheilt. — Erst werden die Arbeiter ausgebeutet, und wenn sie sich rühren, so wandern sie in's Gefängnis. Wir leben wirklich mitten in der Buchhändlerära.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Die Vernichtung der freien Hilfskassen. Die „Berl. Pol. Nachr.“ sprechen es jetzt ganz offen aus, daß es bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes auf die Vernichtung der freien Versicherungstätigkeit der Arbeiter, auf die Befreiung der freien Hilfskassen als dem Gesetze genügende Versicherung abgesehen ist. Sie erklären, daß diese Kassen keine Existenzberechtigung hätten.

„Obgleich“, so heißt es in der betreffenden Notiz weiter, „bei der Ausarbeitung der ersten Novelle zum Krankenversicherungsgesetz das übliche Bestreben obwaltete, zwischen Zwangs- und freien Kassen Licht und Schatten gleichmäßig zu vertheilen, ist doch weit mehr Licht bei diesen und weit mehr Schatten bei jenen geblieben. Wie verschieden die Verhältnisse der Kassen sich gestalten müssen, geht aus dem einen Umstande hervor, daß, während die Zwangskassen jeben Versicherungs-pflichtigen zum Mittelgilde zu nehmen gezwungen sind, die freien Kassen eine Auswahl treffen können. Sie besitzen damit unstrittig ein für sie recht günstiges Privilegium. Würde damit kein Schaden angefügt werden, so könnte man es hingehen lassen, aber es ist doch zu bedenken, daß den Zwangskassen damit die weniger Kosten verursachenden Versicherten entzogen werden. Wenn einmal eine Zwangsversicherung geschaffen ist, so ist es eine notwendige Konsequenz, daß jede Lücke in derselben ausgefüllt werden muß. Eine solche Lücke ist durch die Zulassung der freien Hilfskassen als vollwertige Kassen seinerzeit geschaffen und durch die erste Krankenversicherungsgesetz-Revision noch nicht ausgefüllt. Ihre Befreiung ist aber nicht bloß gerechtfertigt, sondern auch im Interesse des Ganzen nothwendig. Als Zuschußkassen könnten die freien Hilfskassen ja immer noch weiter bestehen.“

Werden dadurch die vom Regierungsrath Hoffmann seiner Zeit geäußerten Anschauungen bezüglich der freien Hilfskassen offiziell bestätigt, so werden wir wohl auch bald die Befreiung seiner sonstigen Ansichten in dem officiellen Organ erfahren. Es ist darum gut, daß die Kassen bei Zeiten mobil machen. Sie müssen aber nicht bloß Proteste beschließen, sie müssen auch Material herbeischaffen, mit dessen Hilfe sie den geplanten Schlag nach Möglichkeit pariren können.

Auch die Ortskassen, deren Selbstverwaltung schwer bedroht ist, thun das bereits. Eine Konferenz der freien Vereinigung sächsischer Ortskassen faßte bekanntlich den Beschluß, sofort nach Erscheinen der Regierungsvorlage eine außerordentliche Konferenz einzuberufen. Der Vorstand der Ortskrankenkasse Chemnitz hat aber jetzt, in der richtigen Erkenntnis, daß dann eine Stellungnahme zu spät sein wird und es schwer ist, in einer einzigen Versammlung alles Dasjenige eingehend zu erörtern, was durch langjährige Erfahrung als abänderungsbedürftig sich ausdrängt, die Ausarbeitung einer Vorlage jetzt schon in die Hand genommen. Die genannte Kasse hat zu dem Zweck umfangreiche Fragebogen (enthaltend ca. 80 Fragen) an alle Ortskrankenkassen Sachsen versandt, um so Unterlagen für die Vorlage zu erhalten.

So sollten auch die freien Hilfskassen verfahren, um sich zu wehren. Ist doch die Hauptbedingung aller Pläne bei der Krankenversicherung die, die Arbeiter in spanische Stiefel zu schütten, sie mehr und mehr zu bevormunden, unter die Vormünderlichkeit der Unternehmer und der Behörden zu bringen. („Vorwärts.“)

Eine merkwürdige Auffassung über Krankenkassenwahlen scheint man in der Zwangsinnungskrankenkasse für das Baugewerbe in Linden (Hannover) zu haben. Am 7. d. M. sollte die Wahl eines Generalvertreters von den Mitgliedern vorgenommen werden. Dazu war nun die merkwürdige Anordnung getroffen, daß von 128 Mitgliedern, die augenblicklich aus den Berufen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter genannter Kasse angehören, nur 48 eine Einladungskarte zur Versammlung erhalten hatten. Und wie sich denn das manchmal so eigenartig erhalt: diese 48 waren zufällig fast sämmtlich diejenigen, die aus den genannten Berufen sich nicht an dem kürzlich beendigten Bauarbeiterstreik beteiligt haben. Von den 48 waren aber nur 37 erschienen und unter diesen befanden sich sogar Beihilfinge (!), die überhaupt nicht stimmberechtigt sind. Eine ganze Anzahl Gefellen, die zur Versammlung erschien ohne Einladungskarten, wollte man zunächst überhaupt nicht zulassen, schließlich aber, als die Arbeiter auf ihrem Rechte bestanden, ließ man sie sich getrennt von den „Ausgewählten“ setzen, weil sie angeblich ohne Karte kein Stimmrecht haben sollten. Als dann die Mitglieder sich auch darauf nicht einließen und die Ausübung ihres Wahlrechtes verlangten, ließ man dies schließlich doch zu. Und nun wurden statt 48 insgesamt 103 Stimmen abgegeben, von denen 97 auf den Maurer Peter fielen, der demnach so ziemlich einstimmig gewählt wurde. Nach dem Kassenstatut soll auf je 60 Mitglieder 1 Vertreter gewählt werden. Bei 123 stehen der genannten Arbeiterkategorie also 2 Vertreter zu. Aber auch dies wollte die Leitung der Versammlung nicht zulassen, so daß die genannten Arbeiter in der Zahl ihrer Vertreter beschränkt sind. Gegen die Wahl soll Protest erhoben werden und es ist wohl bestimmt zu

erwarten, daß die Ungültigkeitserklärung erfolgen wird. Weiter dieser eigenartig zu Stande gekommenen Versammlung war der Magistratskommissar Dahme.

Unternehmervünsche zur Krankenkassenreform. Auf Grund der bekannten Umfrage der Regierung über die Ansichten zur Reform des Krankenversicherungsgesetzes hat in Düsseldorf die „Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ berathen und Beschlüsse gefaßt, nachdem der bekannte Abgeordnete Dr. Deumer einen Vortrag darüber gehalten hatte.

Die Beschlüsse sind recht charakteristisch. Der Verlängerung der Unterstützung von 13 auf 26 Wochen stimmen die Herren unbedenklich zu — für Betriebskassen. Für Ortskassen haben sie dagegen sehr große Bedenken, weil, wie sie sagen, hier die Gefahr der Ausnutzung durch Arbeitsscheue größer sei. Man will wohl mehr Begeisterung für die Betriebskassen künstlich erzeugen.

Die Ausdehnung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen erscheine zwar „vom idealen Gesichtspunkt menschenswerth, aber — der Mittelstand und die Landwirtschaft könne solche Lasten nicht tragen.“ Und deren Wohl steht natürlich höher als das der Arbeiter.

Die Ortskassen sollen unter die Vormundschaft der Gemeinde gestellt werden in der Weise, daß ein Gemeindebeamter den Vorsitz führt und die Kassenbeamten von der Gemeinde angestellt und von der Kasse bezahlt werden. Daneben soll aber die Gemeindekrankenversicherung bestehen bleiben.

Die freie Arztwahl wird bekämpft, weil sie zum finanziellen Ruin der Kassen führen würde.

Die freien Hilfskassen sollen nur noch als Zuschußkassen bestehen bleiben.

Für eine Verleihung der gleichen Rechte an die Unternehmer ist kein Bedürfnis vorhanden — in den Betriebskassen. War es nothwendig, das noch besonders zu versichern? Gemeinliche Ortskassen hält man für nothwendig.

Man ersieht daraus, wie die officiellen Führer wie auch die officiellen Fragen der Regierung die Wünsche der Unternehmer getroffen haben. Keine irgendwie nennenswerthen Verbesserungen der Versicherung, Beibehaltung der bisherigen Zerstückelung, Befreiung der besten Rechte der Versicherten. Die Arbeiter rühren sich jedoch auch und so leicht wird dem Unternehmertum die Erfüllung seiner Wünsche nicht werden.

Arzthonorar, Arzneikosten und Krankenunterstützung. Es ist eine allgemein empfundene, unliebsame Thatsache, daß die Krankenkassenbeiträge immer höher geschraubt werden. Man hat schon vielerorts darnach geforscht, worin denn eigentlich diese unliebsame Erscheinung ihre Ursache hat, und da einschlägiges Material zur Beurtheilung der Frage nur wenig bekannt ist, macht sich der Mißmuth der Kassenmitglieder gewöhnlich an einer ganz verkehrten Stelle Luft. Um so erfreulicher ist es, daß die Leipziger Ortskasse einiges Material an die Öffentlichkeit bringt, das auch über Leipzig hinaus nicht ohne Bedeutung ist. Wir geben Selbiges im Nachstehenden wieder:

Die vorbezeichneten Ausgabenposten spielen in allen Krankenkassen die Hauptrolle und wie sich herausstellt, war die Steigerung in allen drei Ausgabenposten eine ungleich größere als die Zunahme der Mitglieder.

In der Leipziger Ortskasse betrug:

Im Jahre	Durchschnittliche Mitgliederzahl	Arzthonorar M.	Pro Mitgl. M.	Arznei und sonstige Heilmittel M.	Pro Mitgl. M.
1887	44458	184810,96	3,08	92960,95	2,09
1888	55995	206948,50	3,70	131337,75	2,35
1889	69932	279540,67	4,00	176106,94	2,52
1890	75449	331332,45	4,39	196689,39	2,61
1891	79238	333908,82	4,21	204681,94	2,58
1892	80044	355910,26	4,45	217999,48	2,72
1893	84584	380598,81	4,50	229406,06	2,72
1894	86999	405977,18	4,68	254123,44	2,92
1895	93022	433310,67	4,66	298869,16	3,21
1896	103492	500902,15	4,84	348615,39	3,37
1897	114128	573368,15	5,02	367948,88	3,22
1898	123256	661117,74	5,36	424563,08	3,45
1899	128787	743244,59	5,77	498945,53	3,87

Während die Zahl der Mitglieder seit 1887—1899 noch nicht auf das Doppelte stieg, erhöhte sich das Arzthonorar auf mehr als das 5fache, die Kosten der Arznei und sonstigen Heilmittel auf mehr als das 5½fache. Das pro Kopf der Mitglieder aufgewendete Arzthonorar stieg so von M. 3,03 auf M. 5,77, das ist um 90,4 pSt.; die pro Kopf der Mitglieder aufgewendeten Kosten für Arznei und sonstige Heilmittel stiegen von M. 2,09 auf M. 3,87, das ist um 85,2 pSt.

Interessant ist es, dem nun die Aufwendungen für Krankengeld an die Mitglieder gegenüber zu stellen, bei denen sich ebenfalls eine unerbittlichmäßige, wenn auch nicht ganz so starke Steigerung der Ansprüche wie bei den Aufwendungen für Ärzte und Apotheken ergab. Es betrug:

Im Jahre	Durchschnittl. Mitgliederzahl	Krankengeld an die Mitglieder M.	Pro Mitglied M.
1887	44458	369693,96	8,32
1888	55995	499733,02	8,92
1889	69932	665826,82	9,53
1890	75449	869555,08	11,53
1891	79238	817712,91	10,33
1892	80044	791742,01	9,88
1893	84584	780604,47	9,23
1894	86999	812032,—	9,33
1895	93022	905687,63	9,74
1896	103492	1025660,67	9,91
1897	114128	1209707,58	10,60
1898	123256	1298553,95	10,54
1899	128787	1568897,02	12,18

Der Steigerung der Mitgliederzahl auf annähernd das Dreifache steht hier also eine Steigerung des aufgewendeten Krankengeldes an die Mitglieder auf das 4½fache gegenüber. Das pro Kopf der Mitglieder gezahlte Krankengeld stieg von M. 8,32 auf M. 12,18, das ist um 46,4 pSt.

Zum Schluß eine kurze Zusammenstellung der wirklich ausgezahlten Honorarsätze an die Herren Ärzte von Seiten der Leipziger Ortskrankenkasse im Jahre 1896 und im Jahre 1899.

1896:

An 85 Ärzte	bis M. 1000
44	über 1000—2000
24	2000—3000
12	3000—4000
14	5000—6000
6	6000—7000
3	7000—8000
1 Arzt	8000—9000
1	9000—10000
1	10000

1899 dagegen wurden ausgezahlt:

An 109 Ärzte	bis M. 2000
31	über 2000—3000
16	3000—4000
11	4000—5000
18	5000—6000
12	6000—7000
7	7000—8000
5	8000—9000
2	9000—10000
1 Arzt	10000—11000
3 Ärzte	11000—12000
1 Arzt	13000—14000
1	14000

Die Herren Ärzte unter M. 2000 haben entweder sehr wenig Kassenpraxis oder sind auswärtige Kassenärzte! Ähnlich so dürften die Zustände in allen Krankenkassen sein. Vielen Ärzten und Arztvereinen sind diese Honorarsätze aber noch zu niedrig und sie haben die vielleicht nicht unzutreffende Vermuthung, daß, so lange die Arbeiter selbst in den Kassenverwaltungen ein Mitspracherecht haben, die Honorarsätze nicht erhöht werden. Daher kommt es, daß sich auch Ärzte und Arztvereine unter den Befürwortern jener „Reform“ befinden, durch welche die Arbeiter aus den Kassenverwaltungen heraus bugirt werden sollen.

Wie die Rentenquetschen arbeiten. In der „Westfälischen Volkszeitung“ liest man:

Der Zimmerer A. in Hamm erlitt eine Verletzung der rechten Hand. Auf Grund eines Gutachtens wurde die bisherige Rente von 25 pSt. entzogen, weil angeblich die Hand völlig gebrauchsfähig sei. A. ging das von Zentrumsseiten in's Leben gerufene Volksbureau um Hilfe an. Auf erhobene Verurteilung wurde A. vor das Schiedsgericht in Gießen geladen. Die Reise dorthin erforderte einschließl. Arbeitsverfürung, Zehrkosten zc., ganz gering gerechnet, mindestens M. 60. Um die Kosten der weiten Reise zu ersparen, begab sich A. zu dem Arzt S. in N. und bat diesen, unter Vorlegung aller Unfallschriftstücke, um Abgabe eines Gutachtens über den Zustand seiner Hand. Nach genauer Prüfung der Sachlage wurde das Gutachten ausgestellt, an Kosten zc. hatte A. M. 30 gezahlt. Dieses Gutachten muß der Posen'schen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft wohl nicht besonders gefallen haben, denn sie gab in der Gegenerklärung u. A. an:

„Dieses Gutachten (zu Gunsten des Verletzten) halten wir für völlig werthlos. (1) Wir müssen dem Herrn S. die Qualifikation absprechen (1), ein Gutachten abzugeben. Ebenso sprechen wir ihm jede Berechtigung ab, die von dem Dr. S. vorgenommene Untersuchung des Klägers als eine oberflächliche zu bezeichnen. Wir halten es auch für bezeichnend, daß Dr. S. am Schlusse seines Gutachtens die sonst übliche Versicherung der Richtigkeit desselben „auf Pflicht und Gewissen“ weggelassen hat. (1) Es wäre übrigens auch möglich, daß wir dem Dr. S. Unrecht thun und daß ihm vom Volksbureau eine bestmögliche andere Persönlichkeit mit einer verkrüppelten rechten Hand als A. gesandt worden ist. (1) Schließlich hat das Schiedsgericht noch ein Gutachten vom Herrn Kreisphysikus Dr. T. eingeholt. Genannter Herr schätzte die Erwerbsverminderung auf 15 pSt. Das Schiedsgericht hat den A. trotzdem zurückgewiesen. Auf erhobenen Rekurs hat aber das Reichsversicherungsamt dem A. eine Rente von 15 pSt. vom Tage der Entziehung ab zuerkannt, dem Kläger auch an Kosten M. 30 bewilligt. In den Urteilsgründen wurde u. A. ausgeführt, daß auf Grund des vom Kläger eingeholten Gutachtens des Herrn Dr. S., des eingemommenen Augenscheins und des persönlichen Eindrucks, den der Verletzte gemacht, eine Erwerbsverminderung noch vorliege und eine Rente von 15 pSt. gemäß dem Gutachten des Herrn Medizinraths T. gerechtfertigt erscheine.“

Man sieht aus dieser Darstellung, was sich Berufsgenossenschaften Alles erlauben dürfen. Besonders bemerkenswerth ist der verlegende Ton, den die Genossenschaft gegen den Arzt anschlägt. Einem Kommentar bedarf die Darstellung weiter nicht.



Technische Rundschau.

Von P. M. Grempe, Berlin.

Beseitigung von Schwamm und Feuchtigkeit. So reichlich dem Baugeschäft auch Neuerungen jeder Art in den letzten Jahren zufließen, auf dem Gebiete der Austrocknung von Neubauten und der Beseitigung der Schäden durch Feuchtigkeit ist es bisher immer beim Alten geblieben. Staatsförde, in offener oder geschlossener Form, bilden noch immer die einzige Hilfe bei der Trockenlegung von Decken und Wänden, und die Sanirung von Hauschwamm und Schimmelbildungen zc. wird meistens noch in der veralteten und übertriebenen kostspieligen Weise ausgeführt, daß die gefährdeten Bautheile demoliert werden. Beachtenswerthe Neuerungen auf diesem Gebiete werden jetzt unter der Bezeichnung „Baughygiene“ eingeführt. Mit dem sogenannten Hauptapparat, der durch Deutsches Reichs-Patent geschützt ist, kann man täglich einige hundert Kubikmeter Luft auf ca. 200° C erwärmen und unter dem Druck eines Ventilators, vermittelt leicht zu montirender Blechrohre, unter die Fußböden und Stäben einer Balkendecke drücken. Diese heiße Ventilationsluft sättigt sich mit der in der Balkendecke befindlichen Feuchtigkeit, wird von einem zweiten Ventilator abgezogen und bewirkt so die energische Durchlüftung der einzelnen Balkenfächer. Zugleich mit der herrschenden Hitze wird erzielt, daß Decken, die durch irgend welche Umstände —

durch zurückgebliebene Baufeuchtigkeit oder durch Rohrbrüche, Löscharbeit zc. — in gefährlicher Weise durchfeuchtet sind, ins- folgedessen zu Hauschwammbildungen und Substanzzerstörungen hinneigen und auf natürlichem Wege die in ihnen eingeschlossene Feuchtigkeit nicht mehr abgeben können, durch den Haupt- apparat ohne Aufnahme der Fußböden und ohne nennens- werthe Störung zur völligen Austrocknung und Sanirung gebracht werden.

Dieser Apparat wird in schwierigen Fällen noch durch eigenartig konstruirte Hängeösen in seiner Heizwirkung unterstützt.

Die Gebläse-Heizkörper bilden eine fernere Neuerung, welche bezweckt, massive Wände von beliebigen Stärken mit aller Macht zu trocknen. Diese gefächelt geschichteten Heizkörper bestehen aus einem Blechmantel mit Kost von etwa einem Meter Länge; sie sind an der hohen Seite offen und ermöglichen, die ganze Gluth eines Holzofenfeuers durch den Druck eines Gebläses gegen eine Wand wirken zu lassen. Natürlich bildet sich um den Heizkörper herum von der durchgetrockneten Wand aus ein größerer Trocknungsherd, und es genügt ein Heizkörper, um nach mehr- stündiger Arbeit größere Flächen zu trocknen; es lassen sich aber in einem Raume mehrere solcher Gebläse-Heizkörper zugleich auf- stellen, also mehrere Wände zugleich trocknen, und liegt ein be- sonderer Vortheil darin, daß der den Ventilator betreibende Arbeiter sich im Nebenraum ohne Schädigung seiner Gesundheit aufhalten kann. Die Wirkung der Gebläse-Heizkörper aber ist mit der von Roaköfen garnicht zu vergleichen; sie ist viel intensiver, bei dicken Mauern bis zum Kern reichend, und kenn- zeichnet sich dadurch, daß die Hitze nicht wie bei den Roaköfen ziellos zur Decke entweicht, sondern dort wirkt, wo man trocknen will. Diese Gebläse-Heizkörper dürften besonders bei Keller- wänden und dicken, stärkeren Mauern angewendet werden, welche in der Trocknung zurückgeblieben sind; dieselben sind denn auch neuerdings, z. B. in allen Schlößern, dazu verwendet worden, um feuchte Wände aus porösem Ziegelmauerwerk von etwa einem Meter Stärke in einer bestimmten Höhe von beiden Seiten zu durchheizen und in die getrockneten Schichten vermittelst durch- reichender Bohrlicher Therme einzupressen. Auf diese Weise wird eine horizontale Nivollung gegen aufsteigende Feuchtigkeit hergestellt. Dieses Verfahren ist in den schwierigsten Fällen vollständig gelungen und mit guten Erfolgen zur Durchführung gebracht worden. Der Geruch nach Theer ist nach dem Ver- putzen der Wandflächen zu einem Uebelstande geworden, es soll jedoch in Zukunft aus Zweckmäßigkeitsgründen Paraffinöl an- gewendet werden.

Die Leistungsfähigkeit eines Gebläse-Heizkörpers beträgt in 10 Stunden 20—25 qm frischen Wandputz; bei Wänden von 29—30 cm Stärke (also 1—2 Steinstrücken) werden in dieser Zeit 8—10 qm trocken gelegt.

Eine Einschränkung der Bauhöhe der New-Yorker vielschichtigen Gebäude wird von einem Ausschuss des New-Yorker Handelsamtes damit begründet, daß diese Gebäudefrage einzig und allein vom Standpunkte der öffentlichen Sicherheit zu behandeln und mit Rücksicht darauf Vorkehrungen dahin zu treffen seien, daß an den breiteren Straßen und Alleen der Stadt die Gebäude nicht über 61 m hoch gebaut werden sollten; daß ferner kein Gasthof oder Wohnhaus über 50,3 m hoch sein sollte, von der Vorderkante des Fußsteiges bis zum höchsten Punkt des Gesimses gemessen. In engeren Straßen müßten die Gebäude entsprechend niedriger sein. Gebäude von 42 m Höhe ab sollten zwei getrennte Treppen erhalten, die vom Erd- geschoss bis zum Dach durchgehen. Die eine davon darf nicht in der Nähe des Fahrstuhlschachtes angeordnet sein. Der Aus- schuss empfiehlt ferner, in allen Gebäuden von mehr als 42 m Höhe für die Vorhaltung einer vollständigen Feuerlöschrichtung Sorge zu tragen, die in allen Punkten den Vorschriften der New-Yorker Feuerwehr entspricht.

Washington-Licht. Als ein neues Prinzip für die Er- zeugung von Petroleum-Glühlicht ist die Anwendung von Abhängerleitungen unter Luftdruck zu betrachten. Benannt nach dem Erfinder, Georges Washington, hat das Washington-Licht vor anderen Beleuchtungsarten den Vorzug größter Billigkeit und immenser Beuchkraft. Dabei bedarf die Erzeugung dieses Lichtes keiner größeren maschinellen Einrichtungen; es ist überall leicht anzulegen und kann daher besonders dort in Betracht kommen, wo man Mangels einer Gasanstalt oder elektrischen Zentrale bis jetzt auf eine der Neuzeit entsprechende Beleuchtung verzichten mußte. Der Petroleum-Glühlichtlampe, die zwei bis drei Strömpele trägt, wird das Petroleum durch enge Metall- röhren unter Druck zugeführt. Das zur Speisung der Lampen nöthige Petroleum befindet sich in einem an beliebigem Orte aufstellbaren eisernen Reservoir, in dem man den über dem Petroleum befindlichen Luftpumpen auf 100 Atmosphären mittelst einer Handluftpumpe komprimirt; hat derselbe den nöthigen Inhalt, so reicht der Druck aus, um die einzelnen Lampen, die man in jeder erforderlichen Entfernung von dem Behälter aufstellen kann, mit Leuchtgas zu versehen. Dieser hohe Druck ist erforderlich, weil die Reibungswiderstände, die das Petroleum an den Rohrwänden erleidet, zu überwinden sind. Die Aus- strömungsöffnung des Petroleums ist ein feines Loch von der Weite einer dicken Nähnadel, es erweitert sich nach unten konisch und kann durch eine lange Nadel, die sich in dem die Ausfluß- öffnung tragenden Rohre heben und senken läßt, in geeigneter Weise geschlossen werden. Dieses Heben und Senken wird durch Drehung der Nadel in einem am unteren Theile angebrachten, sehr steilen Gewindegang bewirkt, so daß sich die Ausströmungs- öffnung und die von ihr abhängige Geschwindigkeit des aus- strömenden Petroleums schnell und beliebig reguliren läßt, was von großer Wichtigkeit für das Funktioniren dieser Lampen ist. Das von unten nach oben in Form eines feinen Springbrunnens ausströmende Petroleum strömt nach Art eines Injektors in ein weites Rohr, dessen Wände heiß sind und verdampft sofort; da aber das Petroleum unter hohem Druck ausströmt, besitzen auch die so erzeugten Dämpfe noch die erforderliche Geschwindigkeit, um durch zwei seitlich an dem Rohre befindliche Oeffnungen Luft mit anzuziehen und die Mischung von Petroleumgas und Luft durch zwei Röhren nach unten zu leiten, sowie durch die Düsen der Brenner zu pressen. Der hohe Druck ist auch für die Arbeit des Ansaugens der Mischung und Bewegung des Gases wie hauptsächlich für den Durchgang durch die feinen Löcher der Brennerdüse er- forderlich. Die Regulirung der Oeffnung und die sich daraus ergebende Regulirarbeit der Ausströmungsgeschwindigkeit ist auch von Einfluß auf die Menge der angesaugten Luft, also auf die Zusammensetzung des Gasgemisches wie auch auf das gleich- mäßige Brennen der Flammen selbst. Die in Gluth gebrachten Glühkörper geben nun so viel Wärme ab, daß das Rohr, in

welches das Petroleum hineinspricht, dauernd auf der Ver- dampfungstemperatur des letzteren erhalten wird. Außerdem bleibt das weitere Leitungssystem bis zur Düse warm; dadurch sollen Auscheidungen von flüchtigem Petroleum vermieden werden. Wird die Lampe neu angezündet, so muß dieses Vergasungs- rohr oder „Vaporisator“ zunächst auf die erforderliche Tem- peratur gebracht werden; dies geschieht durch eine besondere Anzündvorrichtung, die ebenfalls von dem Reservoir gespeist wird; es ist dies eine kleine Rohrschlange, die, durch eine Spiritus- flamme erhitzt, Petroleumgas liefert; nach der dadurch hervor- gerufenen Erwärmung des Vergasungsrohres wird die Ausström- öffnung des Petroleums geöffnet und die Entzündung der Lampe kann erfolgen. Durch geeignete Verschlussvorrichtungen kann, je nach Bedürfnis, der Zutritt des Petroleums zur Heizschlange oder zum Vaporisator geöffnet oder geschlossen werden. Was nun die Leistungsfähigkeit dieses Systems anbelangt, so soll es nach den Angaben der Washington-Gesellschaft in Elberfeld an Billigkeit alle bekannten Beleuchtungsarten übertreffen; durch eingehende Untersuchungen der kaiserlich-physikalisch-tech- nischen Reichsanstalt in Charlottenburg wurde festgestellt, daß eine Flamme in der Stunde ungefähr 75 g, also eine Lampe mit zwei Glühkörpern rund 150 g Petroleum verbraucht. Ein Kilo Petroleum = 1/4 Liter dieses Brennstoffes kostet heute im Kleinhandel 27,5 M , so daß ein Washington-Zweibrenner einen Kostenaufwand von 4,1 M pro Stunde erfordert, der sich aber beim Engros-Einkauf des Petroleums auf ungefähr 3 M reduzieren dürfte. Als Brennmaterial kann russisches wie amerikanisches Erdöl benutzt werden. Das Washington-Licht wäre demnach etwa 33 mal so billig wie elektrisches Glühlicht, den 20. Theil so theuer wie ein Argandgasbrenner und den 25. Theil so theuer wie Gasbeleuchtung mittelst Fischschwanzbrenner, sogar das billige Kerzenlicht verursacht fünfmal so viel Kosten, während Acetylenlicht und Petroleumlicht ungefähr zehnmal mehr Kosten verursachen. Dabei ist die Möglichkeit vorhanden, mit zwei Brennern 500 Hefnerkerzen zu erzeugen. Wenn demnach dieses Prinzip für die Lieferung eines guten Petroleum- glühlichtes sehr beachtenswerth ist, so erscheint es uns andererseits fraglich, ob so enge Rohrleitungen (1 bis 2 und 3 mm Durchmesser) lange Zeit ohne Verschmutzung in Betrieb sein können. Schließlich ist bei dieser Beleuchtung nach einem ge- wissen Zeitraum doch immer das Nachpumpen zur Erzeugung des nöthigen Druckes nöthwendig; dieser Uebelstand dürfte so sehr in's Gewicht fallen, daß, soll diese Beleuchtungsart eine Zukunft haben, man unbedingt Mittel und Wege suchen muß, um diesen Mangel durch automatische Vorrichtungen zu heben.

Unter der Bezeichnung C.-G.-D.-Ziegel bringt das Carlswerk zu Bunzlau eine Neuerung zum Verkauf, der eine beachtenswerthe Idee zu Grunde liegt. Es ist dem genannten Werke gelungen, einen lichtdurchlässigen Dacheindeckungskörper anzufertigen, der im Verbande mit den Falzdachziegeln verlegt wird. Das schmale Rahmenwerk ist aus Metall gefertigt und das weite, breite und freie Mittelfeld besteht aus einer starken Glasplatte. Die äußerst praktischen und eleganten Dachfalz- ziegel, die aus Thon und Zement hergestellt sind, dürften in immer größerem Umfange die altüberlieferten Wunderschwänze und Dachpfannen verdrängen. Sobald es sich um die Erleuchtung von Räumen des Daches handelt, die von geringerem Werth für die Benutzung sind, entfallen Schwierigkeiten, da der kom- plizirte Verband der Falzziegel die Verwendung einfacher, ebener Glasplatten nicht zuläßt. Man presste bekanntlich bisher als Nothbehelf Glasziegel, genau in der Größe und Form der Falzdachziegel. Diese aus geringwerthigem Glase und verhält- nißmäßig starken Wandungen hergestellten Platten lassen einen großen Theil des Lichtes aber nicht in den zu erleuchtenden Raum gelangen, da sie viel Licht absorbiren; sie sind außerdem ziemlich spröde und bezüglich der Feuersicherheit nicht ganz sorg- los zu gebrauchen, weil sie unter gewissen Umständen als Brenn- linsen wirken können. Die Oberfläche ist rau; in den feinen Rünzeln derselben haften Mist, Staub zc. sehr fest.

Die erwähnten Ziegel der Bunzlauer Carlswerke sollen im Gegenfatz hierzu aber halb so viel Licht absorbiren. Da die Oberfläche durchaus glatt ist, so kann der Regen bequem alle Unreinlichkeiten herunterwaschen. Ihre völlig ebenen Glaskörper verhindern ein Sammeln der Sonnenstrahlen in einem Punkte. Der Preis ist ziemlich gering; man braucht von diesen C.-G.-D.- Ziegeln zur Erzielung einer gewissen Helligkeit nur etwa die Hälfte der sonst benötigten gepreßten Glasziegel. Für jedes beliebige System von Thon- oder Zement-Falz-Dachziegeln kann ohne besondere Unkosten ein sehr genau in den Verband passender, das Licht durchlassender Verbund-Glas-Dachziegel hergestellt werden.



Literarisches.

„Diebsteht's Vermächtniß an die Dresdener Arbeiterkass“, die im „Trianon“ gehaltene Rede über Chinawirren, Weltmachtpolitik und Transvaalkrieg, ist in Broschürenform im Verlag der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ erschienen. Der Preis des geschmackvoll ausgestatteten Werkchens, das auf 24 Seiten die stenographische Niederschrift der Diebsteht'schen Ausführungen enthält und das mit einem Nach- wort an den tobtten Vorkämpfer versehen ist, beträgt 15 M . Diebsteht hat die Korrektur noch selbst gelesen — es war seine letzte Arbeit!

Unter dem Titel „Krieg!“ hat Ernst Prezang soeben eine Dichtung erscheinen lassen, deren zornburdchglühige Strophen sich gegen den organisirten, offiziellen Männermord wenden, seine Vertheiliger brandmarken und ihrem kulturfeindlichen Treiben die Bestrebungen der völkerverfeindenden Sozialdemokratie gegenüber- stellen. Es ist Zug und Klang in den Versen.

Das in Form eines Flugblattes gedruckte Gedicht kann zum Preise von 5 M durch die Buchhandlung B o r w ä r t s in Berlin bezogen werden.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Versammlungsanzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

Ablershorst. Jeden Mittwoch nach dem 16. im Monat, bei Herrn Schmauser. Nächste Versammlung am Mittwoch, den 22. August.

- Annaburg. Sonntag, den 26. August, im Gasthause „Zum goldenen Ring“.
- Barmen. Sonntag, den 26. August, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Hildebrandt, Blumenstraße.
- Bergan a. Migen. Sonntag, den 26. August, Nachm. 3 Uhr, in der Herberge.
- Bergeborn. Sonnabend, den 25. August, Abends 8 Uhr, im „St. Petersburg“.
- Berlinchen. Sonntag, den 26. August, Nachm. 3 Uhr.
- Belzig. Sonntag, den 26. August, Abends 8 Uhr, bei W. Brielow.
- Bielefeld. Sonntag, den 26. August, Vorm. 9 Uhr, in der „Zentralhalle“, Kaiser Wilhelmplatz.
- Bonn. Sonntag, den 19. August, Vorm. 10 Uhr, bei Fab- bender, Kasernenstr. 16.
- Brandenburg. Mittwoch, den 22. August, Abends 8 Uhr, in der Herberge, Wollenweberstraße.
- Braunschweig. Dienstag, den 21. August, in der Zentral- herberge, Berber 32.
- Calbe. Sonntag, den 26. August, Nachmittags 3 Uhr, in der „Reichskapelle“.
- Durlach. Sonntag, den 26. August, im Gasthause „Zum Schwan“.
- Darmstadt. Montag, den 20. August, Abends 6 Uhr, im Cramer's Bierhallen, Dieburgerstraße.
- Delmenhorst. Sonnabend, den 25. August, bei Prißmeyer, Langestraße.
- Deffau. Mittwoch, den 22. August, Ballenstäbterstr. 1.
- Dieburg. Sonntag, den 26. August, im „Pariser Hof“.
- Dobran. Sonntag, den 26. August, beim Gastwirth Bull, Neue Reihe.
- Dortmund. Dienstag, den 21. August, bei Regel, Mühlen- straße 1.
- Duisburg. Sonntag, den 26. August, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Bratke, Klosterstr. 11.
- Eisenberg. Sonnabend, den 25. August, Abends 6 Uhr, in Steinbach's Restaurant.
- Eppstein. Sonntag, den 26. August, Nachmittags 4 Uhr, im „Schützenhof“.
- Erfingen. Jeden Freitag Zahlabend bei Krahl, „Zum Schützen“.
- Emmendingen. Montag, den 20. August, Abends 8 Uhr, in der „Sinnerhalle“.
- Flottbek. Sonntag, den 26. August, bei Schnepel in Mienstedten.
- Horf. Dienstag, den 21. August, eine halbe Stunde nach Feierabend, bei J. Kahrer, Gymnasialplatz.
- Fürstenwalde. Sonntag, den 26. August, in der „Schloß- fellererei“.
- Froburg. Sonnabend, den 25. August, Abends 6 1/2 Uhr, im „Brauho“.
- Gera. Dienstag, den 21. August, bei Becker, Waldstr. 6.
- Geringswalde. Sonntag, den 26. August, Zahlabend im Restaurant „Zum Schützenhause“.
- Göppingen. Sonnabend, den 25. August, im „Stuttgarter Hof“, Schloßstr. 5.
- Göttingen. Montag, den 20. August, bei Wwe. Achilles, Neustadt 29.
- Gagen i. W. Sonnabend, den 25. August, Abends 8 1/2 Uhr, bei Sachs, Puppenbergstraße.
- Haderleben. Sonnabend, den 25. August.
- Halle a. d. S. Dienstag, den 21. August, Abends 8 Uhr, bei Streicher, Gasthaus „Zu den drei Königen“.
- Hamburg. Donnerstag, den 23. August, Abends 8 1/2 Uhr, in der „Leffinghale“.
- Hörsberg. Sonntag, den 26. August, im Schmitt'schen Lokale.
- Jena. Donnerstag, den 23. August, Abends 6 Uhr, im Restaurant „Zur Roll“.
- Karlruhe. Sonntag, den 26. August, Vormittags 10 Uhr, im „Auerhahn“.
- Kellinghusen. Sonnabend, den 25. August.
- Koswig. Sonnabend, den 25. August, im Restaurant Zentler, Feldweg.
- Langensalza. Jeden Montag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats Zahlabend.
- Lauenburg. Sonntag, den 26. August, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal.
- Lehe-Geestemünde. Sonntag, den 26. August, bei Frelde in Geestemünde.
- Linden. Dienstag, den 21. August, bei Korte, Pabillonstr. 2.
- Löbtau. Jeden Sonnabend Zahlabend in Kämpfers Restaurant, Wernerstraße 16.
- Lüdenscheid. Sonnabend, den 25. August, Abends 8 1/2 Uhr, beim Gastwirth Rüggeberg, Grabenstraße.
- Ludwigshafen a. Rh. Sonnabend, den 25. August, Abends 8 Uhr, im Restaurant, Friesenheimerstraße 63.
- Leuben-Schachwitz. Sonnabend, den 25. August, Abends 8 Uhr, im Restaurant Lehmann in Schachwitz.
- Liegnitz. Sonnabend, den 25. August, Zahlabend bei Klingner, Hahnauerstraße.
- Marburg. Jeden letzten Sonntag im Monat bei C. Müller, Hirschberg 12. Nächste Versammlung am 26. August.
- Memel. Sonntag, den 26. August, Nachm. 4 Uhr, bei Welke, Holzstr. 9.
- Meuselwitz. Sonntag, den 26. August, Nachm. 8 Uhr, im „Glück auf“, bei Frommhold.
- Mühlhausen i. Gf. Sonnabend, den 25. August, Abends 8 Uhr, im „Anter“, Colmarer Vorstadtstr. 69.
- Mühlhausen i. Th. Freitag, den 24. August, Abends 6 1/2 Uhr, im Lokale von Eifenhardt.
- Meiningen. Sonnabend, den 25. August, im Lokale des Herrn Neuland.
- Nauen. Sonnabend, den 25. August, bei Hobusch, Markt 16.
- Neubrandenburg. Sonnabend, den 25. August, bei Kreibitz, Jahnstraße.
- Neukloster. Sonntag, den 26. August.
- Binneberg. Sonntag, den 26. August, in der „Zentralhalle“.
- Nirna. Mittwoch, den 22. August, Zahlabend im „Carolabad“.
- Blauenfelder Grund. Dienstag, den 21. August, Zahlabend in Haupt's Restaurant zu Deuben.
- Peine. Sonnabend, den 25. August, bei F. Schumacher.
- Quickborn. Sonntag, den 26. August.
- Rathenow. Sonnabend, den 25. August, Abends 8 Uhr, im „Hirschen Restaurant“, Mühlenstraße.
- Reichenbach. Sonnabend, den 25. August, Zahlabend in Richter's Restaurant, Karolinenstr. 27.
- Reimscheid. Sonntag, den 26. August, Vorm. 11 Uhr, bei A. Frieß, Bismarckstr. 13.

